1. Jahrgang, Nummer 201

Freitag, 4. September 1925

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis wöchentlich 0,40 Mk., monatlich 1,60 Mk. Einzelnummer 10 Pfg. — Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pfg., Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 6 Pfg. Reklamepreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pfg. Postscheckkonto: Breslau 544.

Mit den Gratisbeilagen:
„Der Rote Stern", „Der Kommunistische Gewerkschaftler", „Rote Hilfe", „Die Kommunistin", „Der Genossenschaftler", „Tribüne", „Der Jungprolet"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon: Breslau, Ring 8837. Filialexpeditionen: Bunzlau, Kaiserweg 41 b, Bauban, Neuhers Göckliger Straße 1, Liegnitz, Dänemarkstraße 40, Sagan, Stadtwiese 4. Schluß der Inseraten-Annahme morgens 9 Uhr. Geschäftszeit 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon: Breslau, Ring 8837. Sprechzeit für Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag, mittags 12—1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends 6—7 Uhr.

Der Damm gegen den Bolschewismus — ein Damm gegen die Befreiung des Proletariats

Von August Enderle.

Wir, der ADGB., die Gewerkschaften sind es, die sich stets der Verantwortung dem Staat und der Gesellschaft gegenüber bewußt waren, während die Unternehmer in den kritischen Perioden unverantwortlich gehandelt haben.

Wir sind es, die den Damm aufgerichtet haben gegen die bolschewistische Flut, wir sind es, die Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet haben.

(Aus dem Referat des 2. ADGB.-Vorsitzenden Hermann Müller auf dem 12. Gewerkschaftskongreß in Breslau.)

Mit diesen Worten hat Hermann Müller auf dem Gewerkschaftskongreß sein Referat zur Sozialgesetzgebung geschlossen. Hermann Müller war sich zweifellos voll und ganz bewußt, was er mit diesen Worten zum Ausdruck brachte. Ein ähnlicher Satz hat schon vor Jahren in dem „Korrespondenzblatt" des ADGB. gestanden. Doch ob die Masse des Proletariats und auch der großen Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder die volle Bedeutung dieser Worte klar ist, das ist füglich zu bezweifeln. Wenn es ihr klar wäre, Hermann Müller könnte — des sind wir überzeugt — nicht im Namen der Millionen Gewerkschaftsmitglieder diese Worte auf dem Gewerkschaftskongreß gebrauchen.

Was heißt es, wenn in Deutschland die Gewerkschaften bezw. die Gewerkschaftsführer — leider mit Recht — von sich behaupten können, daß sie den Damm aufgerichtet hätten gegen die bolschewistische Flut, daß sie Deutschland vom Bolschewismus gerettet haben?

Es bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß es die reformistischen Gewerkschaftsführer waren, die sich als die stärkste konterrevolutionäre Kraft in Deutschland erwiesen hat, daß es die reformistisch-sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteiführer waren, die die Arbeiterklasse am Sieg in der Revolution verhindert und den Kapitalismus in Deutschland gerettet haben. Die Folgen dieser Tat haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland nicht nur im Laufe der letzten sechs Jahre durch den Verlust einer Position nach der anderen zu spüren bekommen, sondern auch die ganze gegenwärtige Notlage des deutschen Proletariats, die auf dem Gewerkschaftskongreß von allen Rednern, und ganz besonders vom Bundesvorstand selbst geschildert wurde, ist eine Folge dieses konterrevolutionären Dammes gegen den Bolschewismus, gegen die Revolution. Wenn heute der Gewerkschaftskongreß mühsam nach Mitteln und Mittelchen sucht, um dem wieder übermächtig gewordenen Kapital entgegenzutreten und die Lage der Arbeiterklasse wenigstens um ein weniges bessern zu können, so muß jeder Proletarier daraus lernen, daß die einst so starke deutsche Gewerkschaftsbewegung nur deshalb in diese schwierige Lage gekommen ist, weil sie, bezw. ihre Führung, im entscheidenden Moment die Revolution gescheut, den endgültigen Sturz des Kapitals verhindert hat.

Woraus bestand dieser „Damm gegen die bolschewistische Flut", was sind seine Quadersteine? Der Weg, den das deutsche Proletariat in den letzten 6¾ Jahren durchmessen hat, gibt darüber Auskunft.

Der „Damm" tritt zuerst in Erscheinung darin, daß die ADGB.-Führer in den Tagen, wo das Proletariat die politische Macht errungen, die Monarchien und ihre Lakaien zum Teufel gejagt hatten, die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum gründeten.

Ein weiterer Block in diesem „Damm" war Noske, seine konterrevolutionären und weißgardistischen Mordgesellen, die im Januar und März 1919 den revolutionären Willen des Proletariats in Strömen von Blut erstickten, die Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und 15 000 Proletarier ermordeten. Wahrlich, die Blutströme dieser gemordeten Proletarier gaben einen guten Kitt für den „Damm".

Der „Damm" zeigte sich auch beim Kapp-Putsch 1920 in Gestalt des Bielefelder Abkommens, durch das das deutsche Proletariat zum Abbruch seines siegreichen Kampfes überredet wurde. Der „Damm" zeigte sich weiter in Gestalt der Truppen der Generale Märker, Lichtschlag u. a., die im Rheinland, an der Wasserkante, in Mitteldeutschland, Sachsen und vor den Toren Berlins das Proletariat niederschlugen und zu Tausenden meuchelten.

Der „Damm" tat seine Wirkung auch, um die ungeheure Massenerregung bei den Erzberger- und Rathenaumorden nicht zu einem revolutionären Kampf ausarten zu lassen.

Der „Damm" war es auch, der die reformistischen Gewerkschaftsführer während des Ruhrkampfes in eine Front mit dem Kapital treten ließ, der „Damm" war es, der mit allen Mitteln den Cuno-Generalstreik im August 1923 zu verhindern suchte, der auch da wieder einen vollen Sieg über [illegible]

Und im Herbst 1923, als das Proletariat weite Kreise der Kleinbürger-, Beamten- und Bauernschichten in allen Gauen Deutschlands in der Inflationsnot den vollkommenen Bankerott der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erkannten und zum Entscheidungskampf für den Sozialismus, den Kommunismus, entschlossen waren, da war es wiederum der „Damm", der dem arbeitenden Volk in die Arme fiel, der die Bourgeoisie rettete. Das Ermächtigungsgesetz, die Erklärung des Belagerungszustandes durch Ebert, die Errichtung der Militärdiktatur, der Einmarsch der Reichswehr und die Zerschlagung der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen, der Raub des Achtstundentages, Massenabbau und Entlassungen von Arbeitern und Beamten, das sind die sichtbaren Bausteine des „Dammes".

Die Verzweiflungsstimmung der Arbeiter über all diesen Verrat, die sich in der Massenflucht aus den Gewerkschaften und später bei den Parlamentswahlen in einer Abschwenkung in das Lager der Bourgeoisie ausdrückte, das Erstarken der monarchistischen Reaktion, die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, auch das sind Teile des „Dammes", den aufgerichtet zu haben sich der zweite Bundesvorsitzende des ADGB. auf dem Gewerkschaftskongreß rühmte.

Ihr deutschen Arbeiter, ihr Gewerkschaftsmitglieder und auch ihr Gewerkschaftsführer habt heute die Möglichkeit, einen Vergleich zu ziehen, ihr könnt heute beurteilen, wohin der Bolschewismus, d. h. der Weg der Revolution und wohin die Taktik des „Damm"bauens geführt hat. In Rußland hat die „bolschewistische Flut" den Zarismus mit seiner ganzen korrupten Feudalgesellschaft und auch den Kapitalismus restlos beseitigt und vernichtet. Gewiß, Unsägliches haben die russischen Proletarier und russischen Bauernmassen erdulden müssen während der Zeit des Bürgerkrieges. Ihre Opfer und Leiden wurden gerade durch den „Damm" der deutschen Gewerkschaften um ein Vielfaches erhöht und verschlimmert. Doch heute geht es in Rußland auf allen Gebieten vorwärts, heute hat [illegible] Riesenschritten die Wirtschaft auf, bestimmt ihr Geschick ganz allein und braucht nicht wie in Deutschland unter dem Thema „Wirtschaftsdemokratie" darüber zu diskutieren, wie es ihr vielleicht gelänge, neben den Kapitalisten ein bißchen mitzuregieren in der Wirtschaft. In Deutschland dagegen ist es durch die Errichtung des „Dammes" immer abwärts gegangen, das Proletariat hat eine Position nach der anderen verloren, der Kapitalismus und die Reaktion sitzen fester im Sattel denn je und die Lage des Proletariats ist politisch wie wirtschaftlich schlimmer wie vor der Novemberrevolution.

Ihr deutschen Gewerkschaftsführer, denkt einmal unvoreingenommen über diesen Vergleich, über den von eurer obersten Spitze so sehr gepriesenen „Damm" nach. Ob ihr doch nicht am Ende begreifen lernt, wohin eure Politik geführt hat, ob ihr nicht zu dem Schluß kommt, daß es höchste Zeit ist, diesen „Damm" einzureißen und die engste Waffenbrüderschaft mit den russischen Gewerkschaften, dem russischen Proletariat abzuschließen und gemeinsam mit den Bolschewisten, mit den revolutionären Arbeitern Deutschlands und der übrigen Länder den entschlossenen Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen?

Große Massen der deutschen Arbeiterschaft, auch der sozialdemokratischen Arbeiter haben die Notwendigkeit der Niederreißung dieses „Dammes" erkannt, sie haben durch eine Delegation die Verbindung mit den Arbeitern Sowjetrußlands hergestellt. Ihr Gewerkschaftsführer, eure Parteigenossen sind es, die jetzt zurückkommen und über den Aufstieg in Sowjetrußland berichten. Noch ist es ein verhältnismäßig kleiner Teil der sozialdemokratischen Arbeiter, die ihre Vertreter nach Sowjetrußland geschickt haben, doch die erste Bresche in den „Damm" ist gelegt und täglich wird das Heer von Proletariern größer, das die Schädlichkeit des „Dammes" erkennt, das entschlossen ist, die Bresche auszuweiten und den „Damm" restlos zu zerschlagen. Ein Zeichen der „bolschewistischen Flut", d. h. der Sieg der proletarischen Revolution, der Sieg der [illegible] sich auch in Deutschland nicht aufhalten.

An die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Arbeiter

Dieser Antrag zu einem Aufruf wurde von den kommunistischen Delegierten gestellt, aber weil nicht mit 50 Unterschriften versehen, gar nicht verlesen, sondern in den Papierkorb geworfen.

Der 12. Allgemeine Deutsche Gewerkschaftskongreß wolle beschließen, folgenden Aufruf an die christlich und Hirsch-Dunckersch' organisierten Arbeiter herauszugeben.

Aufruf

Kollegen! Der Deutsche Reichstag hat in seiner letzten Tagung unerhörte Zoll- und Steuergesetze beschlossen. Reicht jetzt schon das Einkommen der Arbeiterschaft nicht aus, um das zum Leben Notwendigste zu bestreiten, so wird durch die Steuer- und Zollgesetze das Einkommen noch mehr geschmälert und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft außerordentlich verschlechtert. Die Verabschiedung der Steuer- und Zollgesetze die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterschaft war aber nur möglich, weil die Führer der Christlichen Gewerkschaften gemeinsam mit den Großkapitalisten und ihren agrarischen Freunden der Zentrumspartei aktiv an dem Zustandekommen dieser Gesetze mitgearbeitet und diese beschlossen haben. Dadurch haben sie Millionengeschenke für die Großagrarier und Industriekönige gemacht auf Kosten der großen Masse der Werktätigen.

Auch die demokratischen Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben durch ihre Passivität sowohl als Gewerkschaftsführer wie auch als Reichstagsabgeordnete sich an dem Zustandekommen der Gesetze mitschuldig gemacht.

Die kapitalsfreundliche Haltung der zentrumschristlichen und demokratisch Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsführer ist ein Ansporn für die Kapitalisten, auf allen Gebieten zu weiteren Angriffen gegen die Arbeiterschaft überzugehen. Nicht genug, daß durch die Steuer- und Zollgesetze die Lebenshaltung der Arbeiterschaft verschlechtert wurde, wird jetzt noch versucht, die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern. Jede Froderung auf Lohnerhöhung wird brutal abgelehnt. Regierung, Kaiptalisten und Zentrumsführer sind sich einig im Vorgehen gegen die Arbeiterschaft. Gegenüber dieser gemeinsamen Front der Unternehmer, Regierung und Zentrumsführer muß die geschlossene Front der Werktätigen geschaffen werden. Der Angriff dieses Kapitalsblocks kann nur abgewehrt werden, wenn ihm ein Klassenblock der Arbeiter entgegengestellt wird. Auch die christlichen oder Hirsch-Dunckerschen Arbeiter haben keine Gemeinschaft mit dem großkapitalistischen Klöckner und den demokratischen Fabrikanten und Bankiers oder mit dem die Kapitalsinteressen vertretenden Reichsarbeitsminister Brauns. Ihr christlichen und Hirsch-Dunckerschen Arbeiter habt aber eine Gemeinschaft mit den Millionen Arbeitern, die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund organisiert sind. Ihr leidet unter derselben Not, derselben Ausbeutung wie die Arbeiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Darum gehören wir alle zusammen in eine gewerkschaftliche Organisation zur Verteidigung unserer Rechte und zur Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Kapitalisten sind nicht geschieden in Organisationen nach ihrer religiösen oder politischen Ueberzeugung. Sie sind, ob Jude, Heide oder Christ, ob Zentrum oder Demokraten, in einem Unternehmerverband. Dadurch sind sie stark und mächtig gegenüber der zersplitterten Arbeiterschaft.

Die Arbeiterschaft soll daraus lernen. Auch sie wird stark und mächtig, wenn sie sich nicht organisiert nach ihren religiösen oder politischen Anschauung, sondern wenn sie sich zusammenschließt in einem Verbande, ohne Unterschied auf religiöse oder politische Ueberzeugung.

Der 12. Allgemeine Gewerkschaftskongreß ruft euch christlichen und Hirsch-Dunckerschen Arbeitern darum zu:

Löst euch los von den Führern, die euch wiederholt verraten haben und eure Interessen bei den Zoll- und Steuergesetzen mit Füßen traten, und vereinigt eure Organisationen mit den Freien Gewerkschaften.

Vereint in einer Klassenfront werden wir stark und mächtig sein, werden wir in der Lage sein, die brutalen Angriffe der Unternehmer zurückzuweisen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Darum, christliche und Hirsch-Dunckersche Arbeiter,

Herein in die einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung!
Herein in den einen Gewerkschaftsbund, in den ADGB.

12. Deutscher Gewerkschaftskongreß

Sozialpolitik in Deutschland und Rußland — Angst vor der Wahrheit über Rußland

Der 4. Verhandlungstag begann mit der Diskussion über das von Müller gehaltene Referat. Die kommunistischen Delegierten konnten auch bei diesem Problem, Sozialgesetzgebung betreffend, das Versagen des ADGB. an der Hand von Vorgängen aus dem ganzen Reiche nachweisen. Der Genosse Krauß-Stuttgart wies in seiner Rede scharf die Angriffe Müllers, die er gegen Sowjetrußland am gestrigen Tage gerichtet hat, zurück. Müller versuchte in seinem Schlußwort von der Objektivität (?) des ADGB., Rußland betreffend, zu sprechen. Seine Ausführungen brachten aber erneut eine Rußlandhetze. Entgegen der Einstellung der Delegierten, Rußland betreffend, bekamen die kommunistischen Redner wieder starken Beifall, als sie die Sozialgesetzgebung Sowjetrußlands in Vergleich stellten mit der in Deutschland. Am heutigen Tage traf die Rußland-Delegation in Breslau ein und versuchte, über ihre Erfahrungen in Sowjetrußland auf dem Kongreß zu berichten. Ein diesbezüglicher Antrag wurde von den kommunistischen Delegierten gestellt, am Freitag eine Stunde eher mit der Tagung zu beginnen, um so der Delegation die Möglichkeit zu geben, über Sowjetrußland zu berichten. Der Vorsitzende Schumann (Verkehrsbund) lehnte diesen Antrag mit der Begründung ab, daß der ADGB. von einer Rußland-Delegation nichts wisse und infolgedessen auch keinen Bericht auf dem Kongreß entgegennehmen könne. Der Antrag wurde daraufhin gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Um 11 Uhr vormittags vertagte sich der Kongreß, um den Delegierten die Möglichkeit zu geben, an einem Ausflug in das Zobtengebirge teilzunehmen. Freitag früh 9 Uhr sollen die Tagungen des Kongresses fortgesetzt werden.

Sitzungsbericht vom 4. Verhandlungstag.

Fortsetzung der Diskussion über Sozialgesetzgebung

Mörpel vom Bundesvorstand verteidigt gegenüber der scharfen ablehnenden Kritik des Fabrikarbeitervorstandsmitgliedes Schmidt den Arbeitsgerichtsgesetzentwurf als eine brauchbare Basis zur Beratung im Reichstag. Er verteidigt auch die im Entwurf vorgesehene Berufung der Arbeitsgerichtsbeisitzer an Stelle der Wahl dieser Beisitzer durch die Arbeiter.

Minna Schreiberhart (Buchbinderverband), Berlin, wendet sich scharf gegen den Gesetzentwurf für Wochenhilfe, der in jeder Hinsicht eine Verschlechterung statt der notwendigen Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes bringt. Sie begründet die in diesem Sinne lautende Resolution.

Genosse Galm:

Das im Entwurf vorgelegte Arbeitsgerichtsgesetz ist der Versuch des Staates, die Verschlechterung auf sozialpolitischem Gebiet auch in der Gerichtsbarkeit durchzuführen. Es soll den Arbeitern unmöglich gemacht werden, sich gegen die Diktatur des Unternehmers, gegen den Rentenentzug und gegen die unsozialen Maßnahmen der Behörden auf dem Wege der Gerichtsbarkeit ihr Recht zu erlangen.

Genosse Galm zieht dann Vergleiche zwischen der Sozialpolitik Deutschlands und Rußlands. Obwohl in Rußland infolge der ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch längst nicht alle notwendigen sozialpolitischen Maßnahmen durchgesetzt sind, so zeigt der Vergleich, daß auch auf sozialpolitischem Gebiet nur die Macht entscheidet, d. h. daß man mit dem Reformismus auch in dieser Hinsicht nicht vorwärts kommt. In Rußland erhält jeder Arbeiter bei einer Erkrankung den vollen Lohn weiterbezahlt. In Rußland stehen heute sämtliche Bäder und die vielen sonstigen früher nur von der Bourgeoisie benützten Erholungs- und Luxusstätten den Arbeitern zur Verfügung. In Deutschland dagegen sitzt vor wie nach der Revolution die Bourgeoisie, das Parasitengesindel, in diesen Erholungsstätten und verhöhnt obendrein noch die Arbeiter. Jeder Arbeiter, der sich diesen Vergleich vor Augen hält, wird und muß zu der Ueberzeugung kommen, daß der von den ADGB.-Führern so sehr bekämpfte Weg der Bolschewiki, die einzig erfolgreiche Methode ist, um auch auf sozialpolitischem Gebiet die Arbeiterinteressen wahrzunehmen.

Emma Ritsche-Reichenbach (Textilarbeiterverband) wendet sich gegen den Antrag der Berliner Metallarbeiter, der verbot weibliche Arbeitskräfte unter 18 Jahren an Maschinen zu beschäftigen, weil das eben in der Textilindustrie nicht durchführbar wäre. Sie schildert im übrigen die traurige Lage der schlesischen Textilarbeiterinnen.

Zisla, Brandt und Schmalz-Berlin (DMV.) begründen die von den Berliner Metallarbeitern gestellten Anträge über Vereinheitlichung der gesamten Sozialversicherung, das Verbot der Maschinenarbeit von Jugendlichen und das Verlangen, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den für jeden Arbeiter 14 Tage Ferien pro Jahr bei voller Bezahlung und für alte Arbeiter über 55 Jahren eine ausreichende Pension gesetzlich festlegt.

Genosse Krauß

polemisiert gegen die tauschdartigen Formulierungen in der Bundesvorstandsresolution. Die Gewerkschaften müssen eindeutige und klare Forderungen stellen, sie müssen vor allem festlegen, daß sie niemals Schiedssprüche und Verbindlichkeitserklärungen anerkennen, die eine längere als achtstündige Arbeitszeit vorsehen oder sonstige Verschlechterungen für die Arbeiter bringen. Des weiteren spricht sich Krauß für das Prinzip der Fürsorge und gegen das Versicherungsprinzip aus. Der Staat hat die Pflicht, für die erwerbslosen, kranken und invaliden Proletarier in ausreichender Weise Unterstützung zu gewähren und zwar ohne, daß die Arbeiter selbst die Mittel dazu aufbringen.

Der Damm gegen die bolschewistische Flut

Genosse Krauß wendet sich dann mit aller Schärfe gegen die Bemerkung des Referenten Müller, daß die deutschen Gewerkschaften, daß der ADGB. durch Aufrichtung eines festen Dammes Deutschland vor der bolschewistischen Flut gerettet hätten.

Was bedeutet dieser Damm gegen den Bolschewismus, welche Folgen hatte er für die deutsche Arbeiterklasse?

Dieser Damm gegen den Bolschewismus hat es mit sich gebracht, daß 1918 die Revolution verhindert wurde, hat mit sich gebracht, daß Ihr den Kapitalismus gerettet habt.

Dieser Damm gegen den Bolschewismus hat mit sich gebracht die Ermächtigungsgesetze und damit die Beseitigung des Achtstundentages, hat weiter mit sich gebracht den Belagerungszustand sowie die Ausnahmegesetze und Ausnahmegerichte, und nicht zuletzt die heute vorhandene monarchistische Reaktion.

Als Kronzeugen führe ich noch den Bundesvorsitzenden Leipart an, der unbewußt meine Behauptungen bestätigt, indem er im Geschäftsbericht zugab, daß sich die politische Macht der besitzenden Klasse verstärkt hat und die Gewerkschaften oft zu viel nachgegeben hätten.

Währenddem wir hier auf dem Kongreß sitzen und beraten, wie wir die Unternehmerreaktion abwehren können, sitzen dort, wo der Bolschewismus gesiegt hat, die Arbeiter in den Bourgeoisievierteln und nehmen Anteil an der Wirtschaft.

Diese Ausführungen des Genossen Krauß brachten die Bürokraten auf dem Kongreß zum Aufheulen, sie brüllten: Rußland, bolschewistische Diktatur usw., während die Arbeiter und auch viele Studenten auf den Tribünen demonstrativ Beifall klatschten.

Auf die verschiedenen Zwischenrufe: Rußland, potemkinsche Dörfer usw., antwortete Genosse Krauß: Jetzt ist eine Delegation deutscher Arbeiter, die zum weitaus größten Teil organisierte Mitglieder der SPD. sind, aus Rußland zurückgekehrt. Wenn Ihr mir nicht glaubt, dann laßt Euch von diesen, Euren Genossen, Bericht erstatten über Rußland. (Zwischenrufe: Potemkinsche Dörfer!) Ihr müßt Eure eigenen Genossen für sehr dumme Kerle halten, wenn sie sich alle potemkinsche Dörfer vormachen lassen. Doch Ihr wißt, daß diese Eure eigenen Genossen drüben in Rußland erkannt haben, wie schamlos über Rußland geschwindelt wird. Ihr wißt, daß sie die Wahrheit sagen, und diese Wahrheit wollt Ihr nicht hören.

Doch, wenn Ihr auch diesen Euren eigenen Genossen nicht glaubt, dann wählt doch hier auf dem Kongreß eine Delegation, bestehend aus Euren Führern wie Leipart, Graßmann, Ditzmann, Robert Schmidt usw., um mit eigenen Augen die Verhältnisse in Rußland kennen zu lernen. Sie können auch ihre eigenen Uebersetzer mitnehmen (allerdings nicht Uebersetzer, die diese Reise benützen, um in Rußland konterrevolutionäre Aufstände zu organisieren, so wie es Kautsky in seiner Broschüre propagiert hat). Geht hinüber nach Rußland, und ich bin überzeugt, daß Ihr, wenn Ihr zurückkommt, finden werdet, daß die Aufrichtung dieses Dammes gegen die bolschewistische Flut ein außerordentlich großer Nachteil für die deutsche Arbeiterklasse war.

Hermann Müller versucht in seinem Schlußwort die Wirkung der Ausführungen des Genossen Krauß zu verwischen durch allerlei Redensarten über die „große Objektivität", die die Gewerkschaften gegenüber Rußland schon immer an den Tag gelegt hätten, aber von drüben mit Verleumdungen beantwortet worden seien. Er sprach von Garantien, die eine offizielle deutsche ADGB.-Delegation nach Rußland haben müsse, wenn sie wirklich eine Studienreise nach Rußland mache.

Im übrigen stände der Bundesvorstand bei Erfüllung dieser Voraussetzung, der Entsendung einer Delegation nach Sowjetrußland, nicht ablehnend gegenüber. Was der Bundesvorstand aber unter „Garantien" versteht, das verschweigt leider Hermann Müller.

Bei der Abstimmung werden die vom Bundesvorstand vorgelegten Resolutionen einstimmig bzw. gegen wenige Stimmen angenommen und damit die Mehrzahl der von den Mitgliedschaften gestellten Anträge für erledigt erklärt bzw. dem Bundesvorstand als Material überwiesen.

Massenabwürgung von Anträgen zu Punkt 8: Sonstiges

Da noch eine halbe Stunde Zeit war und vor Schluß der Sitzung die Behandlung der Organisationsfrage nicht begonnen werden konnte, so sollte nach dem Vorschlag für alle unter Punkt 8 der Tagesordnung gestellten Anträge, die Unterstützungsfrage gestellt werden. Doch kaum wurde damit begonnen und über den ersten Anträgen lediglich die Unterstützungsfrage gestellt als der Vorsitzende Schumann und auch der Berichterstatter Tarnow von der Redaktionskommission ganz geschäftsordnungswidrig dazu überging, über die einzelnen Anträge ohne jegliche Debatte endgültig abstimmen zu lassen. Auf diese Art wurden 25 Anträge, die von mehr als 70 Zahlstellen eingereicht worden sind, in kaum einer Viertelstunde „erledigt". Abgelehnt bzw. erledigt wurden dabei nicht nur die verschiedenen Anträge über die Wohnungsnot und den Wohnungsbau, sondern auch die Anträge, die die Unterstützung der Roten Hilfe und den korporativen Anschluß an die Internationale Arbeiterhilfe verlangen.

Sämtliche Amnestieanträge wurden mit der leeren Redensart von Tarnow, daß „die zuständige politische Vertretung im Parlament" (er meint die SPD.) in genügender Weise für die politischen Gefangenen eingetreten wäre, in Bausch und Bogen für erledigt erklärt. Dagegen stimmten nur drei Delegierte, wie überhaupt die ganze Massenabschlachtung der verschiedenen Anträge durchweg gegen zwei und drei Stimmen beschlossen wurde.

Genosse Galm meldet sich zur Geschäftsordnung und protestiert in aller Schärfe gegen diese Art der „Erledigung" der vielen von den Mitgliedern gestellten Anträge unter Bruch jeder parlamentarischen Geschäftsführung. Doch höhnisch ging die Kongreßmehrheit über diesen Protest hinweg.

Sie wollen die Wahrheit über Sowjetrußland nicht hören

Genosse Galm teilt mit, daß eine aus fünf Kollegen bestehende Abordnung der dieser Tage aus Sowjetrußland zurückgekommenen deutschen Arbeiter-Delegation hier erschienen sei. Er stellt den formellen Antrag, daß die morgige Sitzung um eine Stunde früher wie gewöhnlich begonnen werde und in dieser Zeit der Kongreß einen Bericht der Rußlanddelegation entgegennehme.

Die Stellung dieses Antrages begleitete die Kongreßmehrheit mit einem großen Geschrei. Der Vorsitzende Schumann erklärte: „Dem Bundesvorstand ist nichts bekannt, daß der Vorstand oder Ausschuß irgend eine Studienkommission entsandt hat. Die Zusammensetzung der Delegation und ihre Tätigkeit erfolgte ohne Einflußnahme des Bundesvorstandes. Es ist ganz ausgeschlossen, daß der Kongreß einer derartigen Studienkommission Gelegenheit zur Berichterstattung geben kann."

Er ließ dann über den Antrag Galm abstimmen und mit allen gegen drei Stimmen wurde eine Berichterstattung der Rußlanddelegation auf dem Kongreß abgelehnt.

Damit wurde die Sitzung schon vormittags um 11 Uhr geschlossen, weil nachmittags ein Ausflug der gesamten Delegierten nach dem Zobtengebirge stattfindet.

Die Instruktion zum Roten Freitag

Nichts illustriert deutlicher die Entschlossenheit, mit welcher die englische Arbeiterschaft den Roten Freitag herbeiführte, als die berühmte Instruktion, welche vom Generalrat der Gewerkschaften und dem Exekutivkomitee der Eisenbahn- und Transportarbeitergewerkschaft an die Eisenbahner und Transportarbeiter zum 31. Juli herausgegeben wurde. Sie hat folgenden Wortlaut:

Eisenbahntransport:

„1. Kohlenwaggons dürfen nach Freitag, den 31. Juli Mitternachts, an keinen Zug angehängt werden, und nach dieser Zeit dürfen Kohlenwaggons nicht geliefert werden an einen Industrie- oder Handelskonzern und nicht auf die Abladegleise bei Docks zum Kohlennehmen der Schiffe gefahren werden.

2. Alle Kohle, die am Freitag Mitternacht unterwegs ist, ist auf das nächste Nebengleis, das zur Lagerung geeignet ist, zu fahren.

3. Kohle, sei es im Waggon oder auf Lager in einem Depot, kann in dem Depot verwendet werden für die Maschinen der Personen- und Güterzüge, aber darf nicht vom Depot weg zu anderen Docks, Kais usw. befördert werden.

Kohlenexporte:

Alle Ablader und Trimmer haben mit Ende der zweiten Schicht am 31. Juli aufzuhören zu arbeiten.

Kohlenimporte:

An Importkohle darf auf keinen Fall vom 31. Juli ab gearbeitet werden.

Wassertransport und Docks:

Alle Leute an Kanälen, Wasserwegen usw., die beschäftigt sind mit Beförderung von Kohle, hören Freitag Mitternacht damit auf, mit Ausnahme der Leute, die Kohle unterwegs haben; diesen ist es erlaubt, dieselben an ihren Bestimmungsort zu bringen und sie dort aufzuhäufen.

Straßentransport:

Alle Leute, die beschäftigt sind mit Kohlenlieferung an Industrie- und Handelskonzerne, hören Freitag, den 31. Juli nachts, damit auf. Leute, die für häusliche Zwecke liefern, hören am Sonnabend, den 1. August, 12 Uhr mittags, auf.

Lokale Komitees:

Zur Durchführung dieser Instruktionen sollen die betreffenden Organisationen in jedem Distrikt kleine Komitees einrichten, um diese Politik zu ordnen und ihr so Wirkung zu verleihen."

Schon die Ankündigung dieser Maßnahme hat genügt, um die englische Bourgeoisie zum Zurückweichen vor dem zum Kampf geeinten Proletariat zu bewegen.

Wann werden die deutschen Bergarbeiter, Transportarbeiter und Eisenbahner mitreißt vom ADGB., eine solche Erklärung erlassen? Die Lage der deutschen Bergarbeiter ist elender als die der englischen; sie sollen keine Lohnerhöhung erhalten. Die deutschen Eisenbahner sollen von Gnaden der Eisenbahnverwaltung einige Bettelpfennige erhalten. Die Leitung des Einheitsverbandes der Eisenbahner hat angeblich beschlossen, das Ergebnis der Preisabbauaktion der Luther-Regierung abzuwarten, bevor sie „schärfere Tonarten" anschlägt. Die Transportarbeiter vergeuden die Kraft, wie der Streik der Hafenarbeiter in Köln, der abgewürgte Hafenarbeiterstreik in Hamburg zeigten, anstatt sie zusammenzufassen.

Derweil machen die Husemann vom BAB., Döring vom Verkehrsbund und Scheffel vom Eisenbahnerverband auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau in Kommunistenhetze und lehnen die Gewerkschaftseinheit und ein entschlossenes Kampfprogramm gegen die Zoll- und Steuergesetze aus Rücksicht auf die „deutsche Wirtschaft" ab.

Deutsche Eisenbahner, lernt von euren englischen Kameraden. Schafft Einheitskomitees. Zwingt eure Verbandsleitungen von unten her zum Kampf um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen.

Krach auf dem „Weltfriedenskongreß"

Paul Löbe am Reden verhindert

Am 2. September wurde in Paris der „Weltfriedens"-Kongreß eröffnet, dem u. a. Löbe, Dittmann, der Demokrat Koch und Breitscheid beiwohnten.

Gleich zu Anfang kam es unter den „Pazifisten" zu Reibereien. Löbe sollte nämlich im Anschluß an die Eröffnung eine Rede reden. Als Parlamentspräsident wollte er nur dann reden, wenn seine französische Konkurrenz, der salbungsvolle Herriot, ebenfalls eine reden würde, so daß (eine wahrhaft erhebende Demonstration für den „Weltfrieden") also die Parlamentspräsidenten beider Länder geredet hätten...

Herriot hat aber mit der Kongreßleitung „Differenzen" bekommen und sein Erscheinen plötzlich abgesagt, wegen Aeußerungen seines Gesinnungsgenossen Löbe zur Anschlußbewegung Oesterreichs an Deutschland. Schließlich sagte der verschnupfte Herriot zu, wenigstens auf etliche Stunden zu erscheinen. In letzter Minute zog jedoch Herriot seine Zusage zurück.

Löbe wurde darauf „nahegelegt", seine Rede nicht selber vorzulesen, sondern sie vorlesen zu lassen. Das paßte nun wieder Löbe nicht, und verschnüpft steckte er seine Rede in die Tasche.

Dem französischen Unterrichtsminister de Monzie blieb es vorbehalten, mit folgenden schönen Worten den „Verzicht" Löbes mitzuteilen:

„Da Kammerpräsident Herriot der Sitzung nicht beiwohnen kann, hat Reichspräsident Löbe in hohem Zartgefühl beschlossen, hier nicht zu sprechen. Seine Rede wird jedoch veröffentlicht werden, um für die Sache des Friedens ein Zeugnis zu erbringen, demgegenüber alle in anderen Staaten bisher gehaltenen Reden zurücktreten müssen."

Nachträglich ist Löbe mit dem „hohen Zartgefühl" allergnädigst von dem Ministerpräsidenten Painleve, einem Marokko-Pazifisten, empfangen worden. Dieser Painleve mußte ausgerechnet den Wunsch aussprechen, daß hoffentlich auch in Deutschland der französische Parlamentspräside so ungehindert reden kann...

Das ekelerregende an dieser „Weltfriedens"komödie in Paris ist das, daß dieselben Leute von „Frieden" sabbern, die zu gleicher Zeit einen niederträchtigen Unterdrückungsfeldzug führen gegen Marokko und Syrien und sich nicht scheuen, Gut und Blut ihrer Arbeiter und Kleinbauern für die Interessen der Rüstungsindustrie und der Börsenhyänen zu vergeuden.

Es ist das der 24. (!) „Weltfriedens"kongreß! Er wird ebensowenig wie seine 23 Vorgänger gegen den Krieg ankämpfen.

Diese Art Kongresse sind bourgeoise Täuschungsmanöver, um von den Kriegsvorbereitungen abzulenken, erregte proletarische Gemüter zu beruhigen.

Hugenberg an Luther

Mein lieber Reichskanzler,

In der schweren Stunde, die unser Vaterland zurzeit wieder durchlebt, ist es mir eine besondere Freude, Ihnen zum Ausdruck bringen zu können, wie voll und ganz es mich mit Genugtuung erfüllt, daß gerade Sie, mein lieber Reichskanzler, derzeit mit dem hohen Amt betraut sind, unsere Geschäfte zu führen. Ich darf wohl sagen, daß kein anderer die Notwendigkeiten der Lage so klar erfaßt und den Ratschlägen der sachverständigen Kreise so energisch Rechnung getragen hätte, wie Sie; und die Hoffnung ist unter den staatspolitisch Denkenden allgemein, daß der Ihrerseits nunmehr eingeschlagene Weg auch zu dem diesbezüglich in Aussicht genommenen Ziele führen wird.

Damit wir mit Gottes Hilfe dahin gelangen, ist es aber notwendig, daß in jeder Beziehung ein genauest festgesetzter Plan verfolgt wird und Ueberraschungen jeder Art sorgfältig hintangehalten werden. In einigen Punkten scheinen mir da auch bei Ihnen, mein lieber Reichskanzler, noch keine vollkommen durchgearbeiteten Entschlüsse zu bestehen, und ich kann daher hoffen, daß ich Ihnen nur einen Dienst erweise, wenn ich Ihnen meine eigenen Auffassungen über die gebotenen Notwendigkeiten zur Kenntnis bringe.

Ew. Wohlgeboren haben in der letzten Reichstagssession mit großem Recht darauf hingewiesen, daß hohe Zölle und hohe Steuern ein altbewährtes Mittel gegen hohe Preise darstellen und demgemäß eine Senkung der Preise als notwendige Folge solcher Zölle und Steuern angekündigt. Es ist Ihnen aber leider, wenn ich offen reden darf, ein gewisser Fehler insofern unterlaufen, als Sie zugleich ein festes Datum für den Eintritt dieser Senkung angaben, den 1. Oktober dieses Jahres, ein Datum, das schon insofern ungünstig genannt werden muß, als es so nahe bevorsteht, daß in dem kurzen dazwischenliegenden Zeitraum der bedeutende politische Faktor, welcher in der Vergeßlichkeit der unteren Schichten erfahrungsgemäß zu liegen pflegt, zu keiner wesentlichen Entfaltung kommen dürfte. Das Unglück ist nun einmal geschehen, und die staatspolitischen Parteien haben den Folgen dieses Unglücks ja auch bereits einen gewissen Damm entgegengesetzt, indem sie der Oeffentlichkeit begreiflich gemacht haben und noch weiterhin begreiflich machen, daß eine etwaige Nichtbewahrheitung Ihrer Ankündigung auf jene zerstörerische Presse zurückzuführen sein wird, welche so ungestüm darauf drängt, daß sie bewahrheitet werden möge. Aber es ist schwer vorauszusagen, ob diese Aufklärung allein genügen wird, die psychologischen Folgen einer Enttäuschung nach der richtigen Seite abzulenken. Und so dürfte es wohl geboten sein, noch andere Mittel anzuwenden.

In psychologischer Hinsicht halte ich es für geboten, daß gegenüber der ihren Pflichten stets voll bewußten Produktion und Landwirtschaft die volle Energie der amtlichen Tätigkeit und der vaterländischen Beeinflussung auf den Einzelhandel gelegt wird, welcher als schwächst organisierter Stand auch die geringste politische Reibungsfläche verkörpert. Bei der Undurchsichtigkeit der Materie dürfte es durchaus schwer sein, zu beweisen, daß der Einzelhandel keine Schuld an den hohen Preisen trägt und es ist eine alte Erfahrungstatsache, daß eine unbeweisbare Unschuld einer erwiesenen Schuld schon ziemlich nahe kommt. Die Preistreiberei des Zwischen- und Einzelhandels ist es also, auf die vor allem Nachdruck gelegt werden muß; und ich würde es nicht für unmöglich halten, der Regierung in diesem Sinne meinerseits zu Hilfe zu kommen, indem ich dem Einzelhandel, der sich nicht scheut, seine wucherischen Preise sogar im Wege des Inserats dem breitesten Publikum noch anzupreisen, diese schamlosen Praktiken dadurch unmöglich machte, daß ich ihm das Recht zu solchen Inseraten in der staatspolitischen Presse, insbesondere in meinem „Lokalanzeiger" und ähnlichen Blättern, einfach entzöge. Nur die gewissenhafte Rücksicht auf das Prinzip des freien Spiels der Kräfte hat mich bisher davon zurückgehalten, eine Berufsschicht, deren volksauspowernde Tätigkeit ich im Vorderteil meiner Blätter pflichtmäßig anprangern lassen mußte, vom hinteren Teil dieser Blätter mitleidlos auszuschließen. An einem gewissen Punkte der Entwicklung aber könnte ich diese von meinem Gewissen gebotene Haltung mit meinem Gewissen vielleicht nicht mehr vereinbaren; und wenn die Politik der Regierung in der hier umrissenen Richtung verlaufen würde, so würde ich, wie gesagt, gerne in Erwägungen darüber eintreten, ob ihr nicht auf diesem Wege wesentliche Förderung verschafft werden könnte, selbstverständlich im Rahmen jener naturgebotenen Grenzen, welche die Sorge um die Rentabilität der fraglichen Unternehmungen und damit des Wohlergehens ihrer nach Tausenden zählenden Angestellten- und Arbeiterschaft gegebenenfalls ziehen würde.

Aber darüber hinaus möchte ich Sie, verehrter Herr Reichskanzler, auch darauf hinweisen, daß sogar ein positiver Erfolg der Preisabbaubemühungen bei richtiger Anwendung der gegebenen Möglichkeiten bis zum angegebenen Termin sehr wohl erreicht werden könnte, und zwar in einem Grade, den sogar die Regierung selbst vielleicht nicht mehr erwartet.

Ew. Wohlgeboren haben erklärt, daß die Regierung plane, gegen unrechtmäßige Preissteigerungen insbesondere dadurch vorzugehen, daß sie gegen preisverteuernde Kartelle das Gesetz vom 2. November 1923 (Kartellverordnung) schärfer zur Anwendung bringe. Eine solche Methode ist an sich nicht unbedenklich, erstens weil die Kartelle zum überwiegenden Teil nur den ganz legitimen organisatorischen Bedürfnissen der Gewerbe dienen, zweitens aber, weil jeder Erfolg eines solchen Vorgehens zugleich ein Erfolg der Linken wäre, auf deren Betreiben das Gesetz seinerzeit doch, unter heftigem Widerstand der staatspolitischen Parteien, zustandegekommen ist, und weil, wenn jetzt ein Erfolg einträte, die Regierung mit scheinbarem Recht gefragt werden könnte, warum sie denn die entsprechende Handhabung des bestehenden Gesetzes nicht schon früher, als die Linke es verlangte, durchgeführt habe. Es darf in diesem Zusammenhange darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Reichswirtschaftsminister, dem das Gesetz das ausdrückliche Recht einräumt, das Kartellgericht gegen sogenannte Mißbräuche anzurufen, bisher noch niemals von diesem Rechte Gebrauch gemacht hat (die Anrufenden waren bisher stets Verbandsmitglieder) und daß es ein ungünstiges Licht auf die bisherige Haltung der Regierung werfen würde, wenn sich jetzt auf einmal doch als möglich erwiese, was bisher unmöglich war. Schließlich ist es angesichts der komplizierten Lagerung aller Fälle, die etwa zur Entscheidung gestellt werden könnten, undenkbar, eine rasche Wirkung zu gewärtigen, vielmehr wird jedes Verfahren Monate in Anspruch nehmen und am 1. Oktober wird aus diesem Zusammenhang noch keinerlei Erfolg zu konstatieren sein.

Aber schon öfters hat sich gezeigt, daß ein Gesetz, das von der Linken gegen die staatspolitischen Parteien gemacht war, schließlich gerade auf seine Urheber zurückfiel, weil diese ihrerseits viel stärker gegen das Gesetz verstießen als die in jeder Hinsicht gewissenhaften staatspolitischen Parteien. Ich darf nur an das sogenannte „Gesetz zum Schutze der Republik" erinnern, von dem sich bald zeigte, daß es nur von links kraß mißachtet wurde. Wenn ich nun, verehrter Herr Reichskanzler, den Wortlaut Ihrer Kundgebung vom 26. dieses Monats lese, so wird mir klar, daß auch in diesem Falle die Entwicklung zwangsläufig den gleichen Weg wird gehen müssen. Die Bekanntmachung lautete:

„Gegen alle Bedingungen und Abreden, die unmittelbar oder mittelbar zu einer Steigerung der Preise oder zur Aufrechterhaltung übersteigerter Preise führen und die von Kartellen, Syndikaten und gleichartigen Zusammenschlüssen ausgehen, werden künftig alle Machtmittel der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 (Kartellverordnung) in Anwendung gebracht werden."

Ich muß nun darauf aufmerksam machen, daß der volle Wortlaut und Geist dieser Formulierung auf keinen Zusammenschluß, keine Abrede und kein Kartell schärfer zutrifft, als auf die Gewerkschaften. Zweifellos sind die Gewerkschaften ein Zusammenschluß, eine Abrede, ein Kartell. Zweifellos ist ihr einziger, zugestandener und sofort nachweisbarer Zweck der, die Preise für eine bestimmte Art von wirtschaftlichem Gut, nämlich für Arbeit, hochzuhalten oder zu steigern. Aber die Gewerkschaften bestehen nicht aus einigen hundert Mitgliedern wie die Kartelle, sondern aus Millionen, und die eindringliche Wichtigkeit gerade dieser Frage wird daher, schon dem Umfang ihres unseligen Einflusses nach, ohne weiteres klar. Außerdem ist die Lohnfrage bekanntlich der einzige wesentliche und entscheidende Urgrund der Preisfrage, und es würde somit in breitesten Schichten durchaus verstanden, gebilligt und begrüßt werden, wenn der Reichswirtschaftsminister sich gerade in diesem ganz außerordentlichen Fall von einzigartiger Wichtigkeit entschlösse, von seiner bisherigen, toleranten Praxis erstmals abzugehen und das Kartellgericht gegen das vollkommen illegale und unsittliche Kartell der Arbeitnehmer anzurufen.

Ein solches Verfahren könnte mit außerordentlicher Schnelligkeit durchgeführt werden. Eine Beweisaufnahme wäre kaum nötig, da die Tatbestände offen vor jedermanns Augen liegen und zynischerweise gar nicht geleugnet werden. Wenn die Anrufung des Gerichts z. B. am 1. September unter Dringend-Vermerk erfolgte, könnte das Urteil bis etwa zum 8. September sehr wohl gefällt sein. Wenn dann die Auflösung der unsittlichen Organisation und die Beschlagnahme ihrer Gelder sofort erfolgte, so würde die segensreiche Wirkung des wieder hergestellten freien Spieles der Kräfte ebenfalls sofort zu erreichen sein, und noch vor Ablauf des Monats könnte der so notwendige Abbau der Gehälter und Löhne in raschem Zuge überall erfolgt sein. Wenn auf diese Weise die Löhne und Gehälter um angenommen 30 bis 40 Prozent gesenkt sein werden, so glaube ich, eine Senkung der Preise, um reichlich 5 bis 7 Prozent unbedingt verbürgen zu können, und es wäre nicht nur das verpfändete Wort des obersten Reichsbeamten vollinhaltlich eingelöst, sondern es wäre auch die so dringend notwendige soziale Beruhigung sofort gewährleistet.

Sie werden mir zustimmen, lieber Herr Reichskanzler, daß der obig somit vorgeschlagene Weg nicht nur der einfachste, sondern auch der erfolgssicherste im Hinblick auf das Ziel ist, das die Regierung und die staatspolitischen Parteien zum Wohle des Vaterlandes gegenwärtig anstreben. Und ich darf hinzufügen, daß die Unterstützung der staatspolitischen Kreise Ihrer Regierung um so freudiger und um so umfassender zuteil werden würde, je schneller und energischer die Regierung sich entschlösse, den ihr ohne Zweifel aufgezwungenen Kampf in diesem Sinne zu führen.

L. Sch.

*

Wir entnahmen diesen Artikel dem „Montag-Morgen" (Berlin). L. Schw. ist kein Kommunist, kein Sozialdemokrat, kein Gewerkschaftsführer. Er ist ein gewöhnlicher Literat mit Stil und Gewandtheit, ein sogenannter Demokrat. Aber er hat offene Augen und sieht das, **was jeder Arbeiter, gleich welcher Parteizugehörigkeit, was jedes Gewerkschaftsmitglied sehen müßte!** Wie das Republikschutzgesetz nur und ausschließlich **gegen die Arbeiterschaft**, insbesondere gegen die Kommunisten angewendet wurde, genau so wird das in allen Tönen, auch von der Sozialdemokratie und den reformistischen Gewerkschaftsführern gepriesene Kartellgesetz, das anscheinend zur Regulierung der Preise, gegen Wucher und Teuerung geschaffen sein soll, **wiederum nur und ausschließlich gegen die Arbeiterschaft, gegen die Gewerkschaften angewendet werden.**

Die jetzt in Breslau tagenden reformistischen Gewerkschaftsführer, genannt Deutscher Gewerkschaftskongreß, haben vor drei Jahren dem Republikschutzgesetz begeistert zugestimmt. Sie haben damit bewiesen, daß ihnen auch der geringste politische Weitblick fehlt, daß sie unfähig sind, Lenker und Leiter der größten Arbeiterorganisationen zu sein. Einige dieser Herren, wie Schiffling, Leipzig, Brandes, Stuttgart u. a. waren Beisitzer im „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik", haben an vielen Schandurteilen mitgewirkt. Sie tragen am Gesetz wie an der Art seiner Anwendung gegen die Arbeiterschaft die volle Verantwortung.

Werden die Regisseure des 12. Gewerkschaftskongresses in Breslau, wieder wie vor drei Jahren, diesmal dem „Kartellgesetz" zustimmen, es bejubeln als „republikanische Errungenschaft", als „Fortschritt der Wirtschaftsdemokratie"? Sie sind gewarnt vor neuem Reinfall, gewarnt selbst von bürgerlicher Seite. Diesmal träfe sie die ganze Verantwortung.

Die Arbeiterschaft hat in drei Jahren ihre Erfahrungen gesammelt und aus den Justiz- und anderen Willkürakten des kapitalistischen Systems gelernt. Die Arbeiterschaft muß und wird sich in einheitlicher und geschlossener Abwehrfront sammeln — mit oder ohne jene ruhmreichen Gewerkschaftsstrategen.

TASCHKENT

DIE BROTREICHE STADT

ALEXANDER NEWEROW

12 NEUER DEUTSCHER VERLAG — BERLIN W 8

Es freute Mischka, daß Serjoschka ins Krankenhaus kommen werde; am meisten aber freute ihn folgendes: Daß es auf der Welt gute Menschen gibt. Nur findet man sie nicht gleich. Sein Herz wurde heiterer, der Hunger in den Gedärmen wurde leichter. Die Städtische brach ein Stück Brot ab. Mischka weinte fast vor Freude.

„Ich danke auch ergebenst, Tantchen!"

Selber denkt er bei sich:

„Wenn sie nur mich auch mitgenommen hätte!"

Die Städtische war wohl eine Zauberin. Sie erriet sofort Mischkas Gedanken.

„Wohin willst du jetzt gehen?"

Mischka blickte in die mitleidvollen Augen, gestand:

„Tantchen, setz mich in irgendeine Ecke, ich werde niemand was sagen."

Es gibt auf der Welt gute Menschen!

Das Herz wird einem heiterer, der Hunger nagt nicht so in den Gedärmen.

Mischka sitzt im Sanitätswagen und kann kaum glauben: Ist es Traum? Ist es Wirklichkeit?

Der Wagen rattert, wiegt ein. Die Räder rattern, machen Musik, Mischka in seiner Ecke lächelt durch den blauen Schlummer, der die Gedanken verwirrt.

„Wo ist jetzt der krummbeinige Wanjka? Wo sind die Lagerfeuer?"

Mit einem Male sind alle Feuer erloschen, nur die Räder lagen unten:

„Tu—tu—tu! Tu—tu—tu!"

Dann hören auch die Räder auf zu sprechen.

Schlaf.

13.

Das Krankenhaus gefiel Mischka gut: es war gestrichen und hatte viele Fenster. Mag Serjoschka darin liegen, zu Kräften kommen. Man wird ihm Arznei geben, irgendwelche Pulver, und Serjoschka wird schnell gesund werden. Mischka wird ihn auf dem Rückwege aus Taschkent abholen und mitnehmen. Er wird großen Erfolg haben und mit Serjoschka teilen, damit ihn dieser nicht beneidet. Jeder kann krank werden, Serjoschka ist nicht schuld daran.

Die Tragbahre mit Serjoschka wurde auf der Freitreppe hingestellt. Die Träger gingen weg, lange kam niemand heraus. Auf einem Baum krächzte laut eine Krähe.

„Das bedeutet nichts Gutes, hoffentlich passiert nichts."

Serjoschka kam zu sich, weinte.

„Wohin bringt man mich denn?"

„Das ist ein Krankenhaus. Hab keine Angst."

„Und wohin willst du?"

„Ich bleibe bei dir."

Mischka setzte sich auf die Treppe neben die Bahre und begann zu erzählen. Er hatte eine gute Frau getroffen, die mit ihnen beiden Mitleid hatte, Brot gab. „Ich," sagte sie, „werde Serjoschka unbedingt auskurieren." „Ich habe," so sagte sie, „so eine Arznei." Er, Mischka, werde nicht allein weiterfahren. Er werde hier auf den Markt gehen. Hier ist ein Markt wie in Bufuluk, alles kann man da kaufen. Serjoschka sollte auf ihn, Mischka, ja nicht böse sein wegen des Streites. Ohne Streit kommt man unterwegs nicht aus.

Er erinnerte sich an die Schraube, die er gewonnen hatte.

„Du denkst, ich habe die Schraube im Ernst genommen? Wozu brauche ich eine fremde Schraube? Ich habe dich nur necken wollen..."

Er holte die Schraube aus der warmen, tiefen Tasche hervor, legte sie Serjoschka in die Hand.

„Hier hast du sie, verwahr sie nur gut."

Als die Krankenhaustüre sich öffnete und Serjoschka in sie für alle Ewigkeit eingetreten war, empfand Mischka unerträglichen Schmerz und bittere Einsamkeit. Er stand am Tisch, an dem eine Frau in weißem Kittel schrieb, und sagte müde:

„Wir sind Bauern aus dem Dorfe Lopatino. Michajla Dodonow bin ich, er ist Sergej Iwanytsch."

„Wie ist der Familienname?"

Da entfiel Mischkas Gedächtnis Serjoschkas Familienname. Eben noch hatte er ihn auf der Zunge gehabt. Er wollte den Spitznamen sagen, doch die Frau forderte den richtigen Familiennamen.

„Schreiben Sie ihn auf meinen Namen: Michail Dodonow, aus dem Dorfe Lopatino."

„Kannst du schreiben?"

„Aber sicher!"

„Unterschreib mit deinem Namen."

Mischka legte sich mit der Brust auf den Tisch, streckte vor Anstrengung die Lippen vor.

„Habe lange nicht geschrieben, die Hand will nicht."

Er unterschrieb und wurde mit einem Male traurig.

Er trat aus dem Krankenhause, die Schraube lag auf der Treppe.

„He, Serjoschka hat sie vergessen!"

Er sah in ein Fenster, niemand da. Ging an ein anderes, da drohte ihm jemand mit dem Finger. Wie ein herrenloses Hündchen strich Mischka um das Krankenhaus herum, blieb wieder vor der Treppe stehen.

„Wie könnte man ihm die Schraube zustecken?"

Jemand wurde auf einer Bahre herausgetragen. Er dachte schon, das sei Serjoschka, doch es war eine tote Frau, und die Füße der Frau waren nackt. Er wurde sterbenstraurig. Der Hunger quälte ihn, und auch der Kamerad tat ihm leid.

„Warum hat er bloß die Schraube vergessen!"

14.

Den ganzen Tag trieb sich Mischka auf dem Markte herum, hörte zu, was ein Weiberrock, was eine Weiberjacke kostet, was man für Brot verlangt, wenn man es kaufen will. Er wollte schon den Großmutterrock aus dem Sack holen, doch er hörte die Bauern sagen:

„Die Kirgisen hinter Orenburg zahlen viel Geld für verschiedene Sachen. Dort muß man Sachen hinbringen."

Mischka dachte:

„Will mich noch ein klein wenig gedulden."

Er versuchte zu betteln, doch die Weiber in dieser Gegend waren entsetzlich streng.

Sagt man zu ihnen: „Tantchen!" schauen sie nicht einmal her.

Setzt man ihnen zu: „Um Christi willen!" holen sie zum Schlag aus.

Eine wollte Mischka auf den Kopf schlagen. Offenbar hatte sie erfahren, daß er bei dem Bauern das kleine Stück Brot gestohlen hatte, denn sie schrie über den ganzen Markt:

„Mach, daß du wegkommst, verfluchte Diebsbrut! Ich seh schon lange zu, wie du da herumstrolchst!"

Mischka drückte die väterliche, alte Mütze in die Stirn, ging fort, um einen Skandal zu vermeiden. Man wird die Sache noch bei der Tscheka melden, dann wird er vierzehn Tage sitzen müssen, viel Umstände macht man ja mit unsereinem nicht. Man wird seinen Paß verlangen, er hat keinen. Seinen Durchlaß? Kein Durchlaß da. Lieber sich aus dem Staube machen...

(Fortsetzung folgt.)

Liebich-Theater

Ab Dienstag, den 1. September
Täglich 8 Uhr:

Das große Eröffnungs-Programm!

Gastspiel
Herace Goldin
Der berühmte Illusionist
u. a.: Das Zersägen einer Dame

Walter Steiner
Deutschlands Meister-Humorist

! Risteri und Partner !
Die Weltsensation

3 Pepescus 3
Neues am 3fach. Reck

Laczi und Aenni
Moderne Tänze

Fuji-Familie
Die unerreichten Japaner

Das Affentheater
von Harry Reiche

Nicel und Martin
Kunstradfahrer

Ellen Leeds
Jongleuse

Der Gipfel der Billigkeit
sind meine jetzigen
Ausnahme Angebote
Blendend schöne Fassons
zirka
600 Kleider
aus Voal, Musseline, Foulard, Crepe de Chine, Waschseide, Wollstoffen usw.
zirka 500
schicke
Kostüme
und
Mäntel
Sport-Westen
Imprägnierte
Regen- und Gummi-Mäntel
Gewaltige Preisermäßigungen
Eine
Gelegenheit
Qualitäts-Waren
beispiellos billig
einzukaufen
Breslaus bekanntes Etagen-Geschäft
B. Alchner
55 Albrechtstraße 55
1. und 2. Stock

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Täglich 8 Uhr:
Riquette
Sonntag, nachm. 3½ Uhr:
„Gräfin Mariza"

2 Stunden im Schlachtengewühl des Weltkrieges

Ah-Lichtspiele
Schweidnitzer Str. 37
Täglich 4 Uhr.

Promenaden-Theater
Täglich 5 Uhr.

Gleichzeitige Uraufführung.

Ein Schicksal unter vielen herausgegriffen. Den Millionen Gefallenen zum Andenken.

Unter Mitwirkung von 2 Militär-Kapellen.

Namenlose Helden

Original-Schlachten- u. Front-Aufnahmen
aus den Geheim-Archiven der kriegführenden Mächte. Im Film: Kaiser Wilhelm, der Kronprinz, Hindenburg, Kaiser Karl u. viele andere

Das erschütternde Schicksal des Infanteristen Scholz.
Witwen, Waisen und Kriegsverletzte müssen sich mit ihrem eigenen Schicksal trösten an den weit schlimmeren Bildern, die sich hier abrollen.

Wochenspielplan

vom Sonnabend, d. 29. August bis Freitag, d. 11. September

Lobetheater

Mittwoch, d. 2. September abends 8 Uhr — Erstaufführung! „Gesellschaft", Schauspiel von John Galsworthy

Donnerstag, d. 3. September bis Freitag, d. 11. September abends 8 Uhr — „Gesellschaft" Schauspiel von John Galsworthy

Thaliatheater

Sonnabend, den 29. August abends 8 Uhr — Erstaufführung! „Meiseken", Komödie von Hans Alfred Kihn

Sonntag, den 30. August bis Freitag, den 11. Sept. abends 8 Uhr — „Meiseken" Komödie von Hans Alfred Kihn

Für die arbeitende Bevölkerung
ist die beste und billigste
Bezugsquelle
das
Herren-Kleidermagazin
H. Raphael, Ring 12
Kein Laden
Teilzahlung gestattet

Abonnenten-Werber
in Stadt und Land auch mit Kolonnen bei Gehalt und Provision **sucht**
Allgemeine Zeitschriften-Verlags-AG.
Berlin W 57
Bülowstrasse Nr. 6.

Morgen
Sonnabend, den 5. September 1925
im **Luna-Park** (Garten und großer Saal)

I. Arbeiter-Presse-Sommerfest

Ab 4 Uhr: **Großes Garten-Konzert**
unter freundlicher Mitwirkung des **Arbeiter-Symphonie-Orchesters Berlin** und des **Gesangs-Chors „Eos"**

Im Garten: **Lustige Volksspiele** Wettlauf für groß und klein, Preisschießen, Glücksrad, Topfschlagen, Fackelzug.

Jedes Kind erhält einen Luftballon gratis.

Große Tombola: 1. Hauptgewinn ein Herrenfahrrad. 2. Hauptgewinn eine Nähmaschine.

Ab 7 Uhr im großen Saale: **Festaufführung** (Konzert, Gesang, Rezitation, Festspiel in einem Akt unter Mitwirkung des größten Ochsen, des größten Esels und anderer großer Rindviecher).

Anschließend **TANZ** (2 Kapellen)
Einlaß 3 Uhr — Anfang 4 Uhr — Ende?

Zu diesem 1. Arbeiter-Pressefest ladet hiermit, allen Teilnehmern frohe und genußreiche Stunden versprechend, die gesamte erwerbstätige Bevölkerung Breslaus herzlichst ein

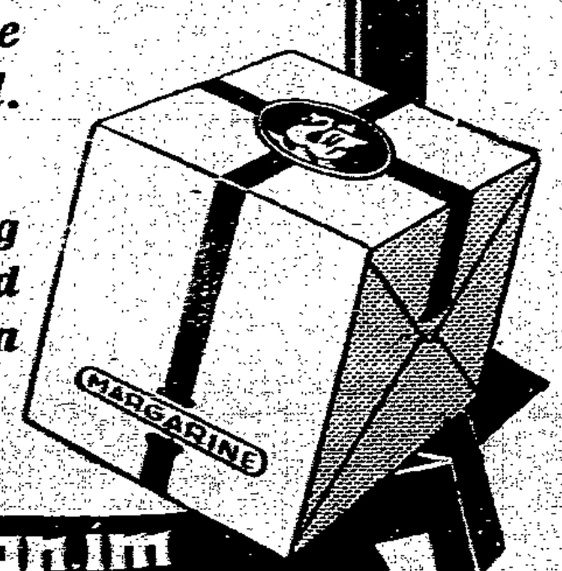
Das Festkomité.

Eintrittskarten à 25 Pfg. plus 5 Pfg. Steuer sind erhältlich bei allen Kolporteuren, Obleuten, Funktionären, in den Betrieben und Gewerkschaften, bei allen mit Plakaten belegten Parteilokalen und Geschäften sowie im Buchhandel und Expedition der

Schlesischen Arbeiter-Zeitung, Breslau 10, Trebnitzerstr. 50.

Ein wahrer Genuss
ist selbstgebackener Kuchen, seit er mit Blauband-Margarine bereitet wird.

Preis 50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung.



Schwan im Blauband
SCHWEIZER

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blauband-Margarine" das farbig illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche" kostenlos zu verlangen.

Berufs-Bekleidung
Schwere Hamburger Ware
Samt-, Pilot- u. Manchester-Hosen mit Schnitt und Latz
für Maurer und Zimmerleute
Oel-Mäntel, Oel-Jacken und Oel-Pelerinen
Breslau 10, Roßpl. 28
(Benderplatz)

Oberbayern
Gartenstrasse 65
Täglich 8 Uhr:
Das beliebte
Rheinische Possen-Ensemble
Potratz Klein
Wer lachen will, der komme!
Preise v. 30 Pf. a.

Achtung! Genossen
Herren- u. Damengarderoben
russische Kasaks für Männer und Frauen fertigt billigst an
Erich Nagel
Schneider-Werkstatt
Sandstraße 11 / Am Neumarkt.

Spezial-Schuh-Geschäft
L. Krause, Ring 12
Große Auswahl — Billige Preise

H. Bräuer's Festsäle, Pöpelwitzstr. 36
Jed. Dienstag u. Sonntag: **Tanz**
Sonnabend: Vereinsvergnügen
Es ladet ein: Der Wirt

Hoffmann's Festsäle
Pöpelwitzer Straße 15/19
Jeden Sonntag vornehmer Tanz
Zu Vereinsfestlichkeiten best. empfohlen

Bruno Haun
Striegau, Wilhelm-Str. 31
Kolonialwaren

Bettbezüge, Bettuch, Inletts, Handtuch, Hemd., Unterröcke
Fertige Betten, stets gut u. preiswert
Leihhaus, Trebnitzerstr. 21

Feinstrauch-Verschnitt 38/40 % Liter 3.00
„ „ beste Qualität „ 3.50
Jamaika-Rum-Verschnitt . . Liter 3.10
„ „ „ „ 3.60
„ „ „ beste Qualit. „ 4.00
Carl Lorenz, Blücherstraße 21
Kolonialwaren und Destillation. 154

Jedem vorwärtsstrebenden **Arbeiter** sind die **Ankündigungen** unserer **Buchhandlung** ganz besonders zu empfehlen

Prima Gefrierfleisch
Pfund 70 Pfennig
ohne Knochen
Pfund 90 Pfennig
Die beste u. billigste Bezugsquelle
für sämtliche Fleisch- und Wurstwaren finden Sie bei
Adolf Weiß
Fleischerei- und Wurst-Fabrik
Moltkestr. 13
Wiederverkäufer Vorzugspreise

Verantwortl. f. d. gesamten Text: Mich. Schulz, Inserate Artur Müller, Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., sämtlich in Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau

Gewerkschaftsmitglieder urteilt selbst!

Die von den Verbandsmitgliederversammlungen im Reich gestellten Anträge, die von der Mehrheit auf dem Gewerkschaftskongreß mit einer Handbewegung abgelehnt und in den Papierkorb geworfen wurden

Der Gewerkschaftskongreß ist die höchste Instanz des ADGB., das nur alle drei Jahre zusammentretende gewerkschaftliche Arbeiterparlament. Da auf dem Gewerkschaftskongreß die Politik und Taktik der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung bestimmt wird, ist es begreiflich und verständlich, ja notwendig, daß die Millionen Gewerkschaftsmitglieder im ganzen Reich in allen Zahlstellen sich schon lange vor Stattfinden des Kongresses mit allen den gewerkschaftlichen Fragen befassen und ihren Willen durch bestimmte an den Kongreß gestellte Anträge zum Ausdruck bringen. Dem gegenwärtig in Breslau tagenden Kongreß liegen daher auch eine sehr große Anzahl (110) Anträge über die verschiedensten Probleme und Tagesfragen aus den Mitgliedschaften vor. Durch nichts wird der Kongreß bzw. die Erhaltung der reformistischen Kongreßmehrheit besser charakterisiert als durch ihr Verhalten den von den Mitgliedern gestellten Anträgen gegenüber. In wenigen Minuten wurden nämlich die übergroße Anzahl dieser Anträge nicht einmal zur Kenntnis genommen, geschweige denn beraten oder gar angenommen. In Bausch und Bogen wurden die Anträge, die den Willen der Mitglieder zum Ausdruck bringen, in den Papierkorb geworfen.

Wir veröffentlichen in nachstehendem die wichtigsten dieser abgelehnten Anträge, die nicht nur von kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern, sondern auch zu einem großen Teil von sozialdemokratischen Kollegen gestellt und mit sozialdemokratischer Mehrheit in den verschiedenen Mitgliederversammlungen angenommen wurden. Die breite Masse der Gewerkschaftsmitglieder mag nun bei der Durchsicht dieser Anträge selbst entscheiden ob sie die Haltung der reformistischen Kongreßmehrheit billigt oder mit den wenigen kommunistischen Delegierten auf dem Kongreß einverstanden ist, die sich für die Annahme nachstehender Anträge auf dem Kongreß einsetzte.

Es wurden gestellt:

Antrag zur Tagesordnung

„Als besonders selbständige Punkte werden auf die Tagesordnung des 12. Gewerkschaftskongresses gesetzt:

a) Herstellung der Gewerkschaftseinheit.

b) Kampf um die Wiedereroberung des Achtstundentages.

c) Stellungnahme zum Dawesplan und seine Auswirkungen.

d) Die Kriegsgefahr und die praktischen Maßnahmen zu ihrer Beseitigung."

„Auf die Tagesordnung ist zu setzen: Die Bekämpfung des Zoll- und Steuerraubzuges der Regierung."

Mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt.

Antrag zum Bericht des Bundesvorstandes

„Der 12. Gewerkschaftskongreß fordert:

1. Sofortigen und restlosen Bruch mit der Politik der Arbeitsgemeinschaft und der Koalition, schärfsten Klassenkampf gegen alle bürgerlichen Regierungen, bürgerlichen Parteien und bürgerlichen Organisationen, die ausnahmslos, auch wenn sie sich „sozialistisch" oder „republikanisch" nennen, auf der Seite der Bourgeoisie stehen.

2. Ausbau der Gewerkschaften auf den Betrieben, Umwandlung der Berufs- und Industrieverbände.

3. Aktivisierung der Mitglieder durch unmittelbare Mitwirkung bei der Führung der Kämpfe, Heranziehung der Betriebsräte als mitentscheidende und leitende Kampforgane.

4. Schärfsten Kampf gegen den Dawesplan, gegen die sich aus ihm ergebenden Steuerlasten und Zollasten, Vorbereitung einer internationalen Aktion gegen die die Interessen der Arbeiter aller Länder schädigende Reparationspolitik.

5. Organisierung, Zusammenfassung, Steigerung der Wirtschaftskämpfe für den starren Achtstundentag, für die Siebenstundenschicht im Bergbau, den Sechsstundentag für Jugendliche, für ausreichende Löhne, für die Produktionskontrolle durch die Betriebsräte, gegen die Massenentlassungen, gegen das System der Streikabwürgung mit Hilfe von Schlichtern, Teno und Polizei.

6. Rücksichtslosen Kampf gegen die monarchistische Reaktion, nicht durch Koalition mit bürgerlichen „Republikanern" d. h. mit verkappten Monarchisten, sondern durch den außerparlamentarischen Kampf der werktätigen Massen für die Entwaffnung der Monarchisten, für die Auflösung der Regierung usw.

7. Bekämpfung jedes arbeiterfeindlichen Gesetzes, nicht nur mit den Mitteln des Parlamentarismus, sondern durch außerparlamentarische Massenaktion.

8. Herstellung der Gewerkschaftseinheit.

a) In Deutschland durch Aufnahme aller wegen ihrer revolutionären Gesinnung oder Betätigung aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen oder durch die Wiedervereinigung der Zentralverbände mit den Verbänden der Ausgeschlossenen durch den Verzicht auf alle reformistischen Spaltungsmanöver und die Herstellung der Demokratie in den Gewerkschaften.

b) International durch die Geltungmachung des ganzen Einflusses des ADGB. innerhalb des IGB. für die Einberufung eines vorbedingungslosen Weltkongresses zur Schaffung einer auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden, die Gewerkschaften aller Länder umfassenden Gewerkschaftsinternationale, durch den Anschluß des ADGB. an das englisch-russische Einheitskomitee."

Mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Anträge zum Kampf um den Achtstundentag

„Um einen wirklichen entschlossenen Kampf um den uneingeschränkten Achtstundentag zu führen, beauftragt der Kongreß die Bundesleitung

a) Auf dem schnellsten Wege einen eigenen Arbeitszeitgesetzentwurf auszuarbeiten und der Reichsregierung bzw. dem Reichstag vorzulegen. Der Gesetzentwurf muß alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten umfassen, den uneingeschränkten Achtstundentag bzw. den Sechsstundentag für Bergleute unter Tage, für Jugendliche und für alle unter großer Hitze oder mit giftigen Stoffen Arbeitenden vorsehen.

b) Zur Erzwingung dieses Gesetzes das gesamte Proletariat zu mobilisieren und unter Einsatz der ganzen Macht der Gewerkschaften den Kampf parlamentarisch und außerparlamentarisch zu führen, wozu im weitgehendsten Maße internationale Kampfbündnisse mit den Gewerkschaften anderer Länder herzustellen sind.

c) Strikte Anweisung an alle Verbandsleitungen, Arbeitszeitbewegungen und -kämpfe im Sinne dieser Richtlinien zu führen."

„Der Vorstand des ADGB. wird beauftragt, seine den Achtstundentag betreffend schon mehrmals gegebenen Versprechungen sofort in die Tat umzusetzen. Der Reichsregierung ist ein kurzfristiges Ultimatum zu stellen, und im Falle der Ablehnung die gesamte Arbeiterschaft zum Kampfe aufzurufen."

Abgelehnt mit allen gegen zwei bzw zehn Stimmen.

Antrag zum Kampf gegen Zoll- und Steuerwucher

„Der Gewerkschaftskongreß fordert: Völlige Beseitigung aller Zölle, Aufhebung der Verbrauchs- und Verkehrssteuern, Aufhebung der Umsatzsteuer, Beseitigung des Lohnsteuerabzuges.

Der Gewerkschaftskongreß fordert, nachdem jede steuerliche Besitzbelastung in Deutschland völlig aufgehört hat, die schleunigste Beseitigung des ganzen heutigen Steuersystems. Der Kampf um starke Besitzbelastungen, hohe Vermögens- und Erbschaftssteuern, Beschlagnahme der dynastischen Vermögen. Wegsteuerung der hohen Einkommen und Durchführung einer wirklichen Inflationsgewinnsteuer muß gestützt auf die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitermassen sofort erneut aufgenommen werden. Durch eine Massenaktion der Gewerkschaften ist die Beseitigung der wucherischen Zölle und Verbrauchssteuern zu erzwingen und dem schamlosen Lohnsteuerraub ein Ende zu machen. Eine solche Massenaktion aber muß als offener Angriff auf das kapitalistische Ausbeutersystem geführt werden, da dessen völlige Niederwerfung der einzige Weg zur Sicherung der Existenz der deutschen Arbeiterklasse ist."

Dem Bundesvorstand zur Berücksichtigung überwiesen, was so viel heißt wie: Papierkorb.

Antrag zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit

Indem der 12. Gewerkschaftskongreß feststellt, daß nicht zuletzt durch Spaltung der wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats das Kapital und die nationalistisch-monarchistische Reaktion immer mehr erstarkte, während fast alle Positionen der Arbeiterklasse verloren gingen, bzw. aufs äußerste bedroht sind, beschließt der Kongreß im Interesse der schnellsten Herstellung der Gewerkschaftseinheit und des geschlossenen Kampfes folgendes:

In Deutschland

muß bei sämtlichen dem ADGB. angeschlossenen Organisationen gebrochen werden mit der bisherigen Taktik des Ausschlusses von Mitgliedern oder der Auflösung von Ortsvereinen wegen ihrer politisch-revolutionären Gesinnung bzw. wegen Taten, die ihrer politischen Auffassung entspringen. Sämtliche Ausgeschlossenen, soweit sie sich keine ehrenrührige Handlungen zuschulden kommen ließen, müssen wieder mit ihren alten Rechten aufgenommen werden. Die sogenannten Oppositionsverbände, wie Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Union der Hand- und Kopfarbeiter, Chemiearbeiterverband usw. müssen, soweit sie ihre Bereitwilligkeit erklären, von den in Frage kommenden Zentralverbänden geschlossen und unter der vollen Anerkennung ihrer gezahlten Beiträge für jedes einzelne Mitglied wieder aufgenommen werden. Ebenso muß den in der Inflationszeit ausgetretenen Mitgliedern in allen Verbänden erleichterte Wiederaufnahmebedingung gewährt werden.

Der Gewerkschaftskongreß beauftragt den Vorstand des ADGB., bei den einzelnen Verbandsleitungen auf die strikte Durchführung der vorstehenden Richtlinien zu dringen.

International

ist die Herstellung der Gewerkschaftseinheit nicht minder notwendig. Der Kongreß mißbilligt daher das bisherige, die Einheit hemmende Verhalten des IGB.-Büros in der Frage der von den russischen Gewerkschaften angestrebten Verschmelzung, begrüßt dagegen die englisch-russische Verständigung. Um die internationale Gewerkschaftseinheit auf dem schnellsten Wege herzustellen, beauftragt der Kongreß den Bundesvorstand, seinen ganzen Einfluß im IGB. dahingehend geltend zu machen, daß dem Verlangen der russischen und englischen Gewerkschaften, für die Verschmelzung keine Vorbedingungen zu stellen, sofern eine Vorkonferenz bzw. ein Weltkongreß der Gewerkschaften zur Besprechung und Reglung aller strittigen Fragen einzuberufen, Rechnung getragen wird. Des weiteren wird der Bundesvorstand beauftragt, im IGB. dahin zu wirken, daß in allen Ländern die Einheit sämtlicher auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften hergestellt wird, und zu diesem Zweck nicht nur die russischen, sondern alle der RGI. angeschlossenen Gewerkschaften zum Weltkongreß geladen und in die Verschmelzung mit einbezogen werden.

Das Ziel muß sein: Schaffung einer allumfassenden Gewerkschaftsinternational: auf dem Boden des rücksichtslosen Klassenkampfes gegen das Kapital.

Abgelehnt mit allen gegen zwei Stimmen.

Antrag zur Entsendung einer offiziellen Gewerkschafts delegation nach Sowjetrußland

„Im Interesse der Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit, wie auch der revolutionären Erfahrungen der russischen Gewerkschaften und Arbeiter für die deutschen Gewerkschaften nutzbar zu machen, beschließt der 12. Gewerkschaftskongreß die Entsendung einer Gewerkschaftsdelegation nach Sowjetrußland. Die Zusammenstellung der Delegation erfolgt unter Berücksichtigung aller maßgebenden Industriegruppen, wobei möglichst Arbeiter aus Betrieben als Delegierte in Frage kommen sollen.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, für die beschleunigte Durchführung der organisatorischen und technischen Vorbereitung Sorge zu tragen und sich zu diesem Zweck mit dem Generalrat der russischen Gewerkschaften in Verbindung zu setzen

Abgelehnt mit allen gegen drei Stimmen.

Anträge zur Betriebsrätefrage

„Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, in der Betriebsrätefrage nach folgenden Richtlinien zu handeln und demgemäß auf die Leitungen der einzelnen Gewerkschaften einzuwirken:

a) Die Betriebsräte sind geeignet und berufen, das Gesamtproletariat weit über den Rahmen der Gewerkschaften zu erfassen und dadurch nicht nur im täglichen Kampf im Betrieb die Interessen der Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum zu vertreten, sondern auch darüber hinaus die Wegweiser und Pionniere im Kampfe zur Ueberwindung des Kapitalismus und der Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung zu sein. Sie dürfen daher keine in der Gewerkschaftsbewegung untergeordneten Organe sein, sondern müssen zur aktiven Teilnahme an der gesamten Gewerkschaftstätigkeit herangezogen und zu mitbestimmenden und ausschlaggebenden Machtfaktoren in allen Kämpfen um Lohn und Arbeitszeit ausgestaltet werden. Notwendig ist dazu die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte nach Orten, Bezirken, Industriezweigen und Konzernen und im Reichsmaßstabe durch die Gewerkschaften.

b) Die Gewerkschaften haben weiter die Pflicht, nicht nur durch parlamentarische Druckmittel, sondern unter Einsatz ihrer gesamten gewerkschaftlichen Machtmittel für die Erweiterung der Betriebsratsrechte, vor allem in bezug ihres Mitbestimmungsrechts bei Betriebsstillegungen, Einstellung und Entlassung von Arbeitern, Kontrolle der Durchführung des Arbeitsschutzes usw. zu kämpfen; darüber hinaus haben sie den Kampf um die Kontrolle der Produktion zu unterstützen — unbeschadet der damit verbundenen politischen Konsequenz, den Kampf zum Sturz der Bourgeoisie durchzuführen.

c) Damit bei der Wahl der Betriebsräte die freien Gewerkschaften als alleiniger und ausschlaggebender Faktor in Frage kommen, ist notwendig, daß auch die Minderheit innerhalb der freien Gewerkschaften bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigt und alle früher ausgeschlossenen klassenbewußten Proletarier, soweit sie sich keine ehrenrührigen Handlungen haben zuschulden kommen lassen, wieder aufgenommen werden, um so die Gesamtarbeiterschaft zu erfassen und ihr Vertrauen restlos zu gewinnen. Deshalb beschließt der Kongreß

d) Vor Stattfinden der Betriebsratswahl muß eine Betriebsversammlung sämtlicher freigewerkschaftlich Organisierten stattfinden, in der durch Abstimmung die Kandidatenaufstellung und ihre Reihenfolge auf Grund der Verhältniswahl vorgenommen wird, wobei möglichst jede Berufsgruppe im Betrieb zu berücksichtigen ist.

Abgelehnt mit allen gegen drei Stimmen.

Antrag gegen das Schlichtungsunwesen und den Raub des Streikrechts

Angesichts der schweren Schädigungen, die der Arbeiterklasse aus der jetzigen Handhabung der Schlichtungsgesetze erwachsen, erachtet es der Kongreß für die Pflicht aller Gewerkschaften und vor allem der Bundesleitung:

a) unter Einsatz der gesamten Macht des ADGB. für die schnellste Beseitigung bzw. Umgestaltung der reaktionären Schlichtungsgesetze zugunsten der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Schärfsten außerparlamentarischen Kampf unter Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse gegen die Bestrebungen bei Schaffung des geplanten endgültigen Schlichtungsgesetzes das Streikrecht des Proletariats einzuschränken;

b) alle Lohnbewegungen, Arbeitszeitkämpfe usw. so zu führen, daß sie nicht von vornherein begonnen werden mit der Absicht, sie vor das Schlichtungsamt zu bringen, sondern so, daß die Arbeiterforderungen mit aller Konsequenz im Sinne des Klassenkampfes bis zu Ende ausgefochten werden. Die Bestimmung, daß vor Einleitung und Führung von Kämpfen die Schlichtungsinstanzen angerufen werden müssen, ist aus den Statuten der Gewerkschaften zu streichen;

c) keine Schiedssprüche und auch keine Verbindlichkeitserklärungen anzuerkennen, die Verschlechterungen für die Arbeiterschaft, eine längere als achtstündige Arbeitszeit, oder Aufrechterhaltung früher durchgeführter Verschlechterungen vorsehen;

d) keine Tarifverträge abzuschließen, die Bestimmungen enthalten, woraus sich für die Gewerkschaften, einzelne ihrer Organe oder Einzelmitglieder Haftpflicht ergeben, weil dies eine freiwillige Bindung der Arbeiterschaft bedeuten und den Bestrebungen der Unternehmer zur Einengung des Koalitionsrechtes und damit der Schaffung eines noch mehr verschlechterten Schlichtungsgesetzes Vorschub leisten würde.

Abgelehnt mit allen gegen zwei Stimmen.

Antrag gegen die Kriegsgefahr

Der 12. Gewerkschaftskongreß fordert von den Gewerkschaften eine proletarische revolutionäre antimilitaristische, speziell gegen die militaristische Reaktion in Deutschland gerichtete Agitation und Propaganda. Er fordert, gegen die ständig wachsende Kriegsgefahr die Einigung des internationalen Proletariats in einer einheitlichen Gewerkschafts-Internationale auf dem Boden des Klassenkampfes, insbesondere fordert der Kongreß die Herstellung der engsten Verbindung zu den Gewerkschaften des russischen Proletariats, das durch seine proletarische Revolution im Kampfe gegen den Imperialismus vorangegangen ist und darum vom Weltimperialismus am meisten gehaßt und gefürchtet und mit einem neuen Interventionskrieg bedroht wird.

Der 12. Gewerkschaftskongreß protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Raubzüge des französischen und des englischen Imperialismus in Marokko und China und spricht den sich erhebenden Kolonialvölkern seine volle brüderliche Sympathie aus.

Abgelehnt mit allen gegen drei Stimmen.

Antrag gegen die Zwangsarbeit der Erwerbslosen

„Der Gewerkschaftskongreß beschließt, daß unter allen Umständen bei Beratung des Erwerbslosen-Fürsorgegesetzes die Abschnitte über Notstands- und Pflichtarbeit gestrichen werden. Er beauftragt den ADGB., mit allen Mitteln für diesen Beschluß einzutreten."

Mit allen gegen vier Stimmen für erledigt erklärt durch Annahme der ganz verschwommenen und lautschularigen Vorstandsresolution.

Antrag zum Kampf für die Amnestie der proletarisch-politischen Gefangenen

„Der Kongreß fordert kategorisch eine vollständige Generalamnestie der proletarischen politischen Gefangenen. Unter diese Amnestie müssen alle verurteilten Arbeiter fallen, die seit dem 9. November 1918 aus Anlaß politischer und wirtschaftlicher Kämpfe der Arbeiterschaft verurteilt wurden. Ebenfalls sind zu amnestieren jene Arbeiter, die heute noch wegen dieser Kämpfe verfolgt werden und noch nicht abgeurteilt sind.

Der Gewerkschaftskongreß fordert:

die Aufhebung der Todesurteile im Leipziger Spitzelprozeß, die Beseitigung des Staatsgerichtshofes und die Aufhebung der von diesem gegen die Arbeiter gefällten Urteile, sowie die Reinigung des Justizapparates von reaktionär-monarchistischen Elementen!"

Auch dieser Antrag wurde von der Kongreßmehrheit nicht genügend unterstützt und daher für „erledigt" erklärt.

Antrag zur Arbeitersportfrage

Der 12. Gewerkschaftskongreß beschließt:

Alle dem ADGB. angeschlossenen Verbände werden verpflichtet, dafür zu wirken, daß ihre Mitglieder aus den bürgerlichen Turn- und Sportorganisationen austreten und sich den Arbeitersportvereinen anschließen.

Die Kongreßmehrheit lehnte selbst diesen Antrag ab, nachdem der Berichterstatter Tarnow erklärte, daß die Gewerkschaften keinen Zwang auf ihre Mitglieder ausüben können, daß sie nicht in bürgerliche Sportvereine eintreten sollen.

Gewerkschaftler, Klassengenossen! Ueberlegt Euch gründlich den Inhalt der hier abgedruckten Anträge, die Stellung der reformistischen Kongreßmehrheit und demgegenüber die Haltung der Kommunisten. Nun urteilt selbst und handelt Eurer hieraus gewonnenen Ueberzeugung gemäß in Euren Gewerkschaften.

Von Halberstadt bis Breslau

33 Jahre freie Gewerkschaften — Der 12. Gewerkschaftskongreß und seine Vorläufer

— Von Kurt Nirdorf Breslau.

In ihrer Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" bezeichnet unsere unvergeßliche Rosa Luxemburg die deutschen Gewerkschaften als ein „Produkt der deutschen Sozialdemokratie". Das ist insofern richtig, als die deutsche Arbeiterklasse bei ihren ersten Organisationsbestrebungen in richtiger Erkenntnis auch der Notwendigkeit der politischen Machtergreifung als Voraussetzung zur wirtschaftlichen Umwandlung, sich zuerst der Schaffung einer politischen Organisation, der politischen Partei zuwandte. Ihr gegenüber treten die Bestrebungen auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß schluß zunächst noch in den Hintergrund. Erst in späterer Zeit, als die Sozialdemokratie unter Bebel und Liebknecht bereits auf Jahre eines ehrenvollen, opferreichen Klassenkampfes zurückblicken konnten, entstanden mit Unterstützung der damaligen Sozialdemokraten die Gewerkvereine, die Gewerkschaften. Begünstigt durch die wirtschaftliche Konjunktur, die in der 90er Jahren einsetzte und die durch die Aufsaugungen der industriellen Reservearmee einen günstigen Boden für gewerkschaftliche Erfolge schaffte, entwickelten sich nunmehr mit einer Schnelligkeit, drücken der ganzen Arbeiterbewegung so sehr ihren Stempel auf, daß Mehring über das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts einfach die Ueberschrift „Die deutschen Gewerkschaften
hunderts einfach die Ueberschrift „Die deutschen Gewerkschaften"
setzen wollte.

Bald wachsen der Partei die Gewerkschaften über den Kopf indem sie ihre besondere Stellung im Klassenkampf, der sie zu einem wenn auch überaus wichtigen Teil der revolutionären Arbeiterklasse macht, benützen, versuchen sie, der Sozialdemokratie die Regeln und Gesetze ihres politischen Handelns aufzuzwingen. Es dauert nicht lange und die Sozialdemokratie befindet sich im Schlepptau der Gewerkschaften. Wenn in einer griechischen Sage die Eltern von ihren Schößlingen aufgefressen werden, so haben die Gewerkschaften die Sozialdemokratie zwar nicht verschlungen, aber daß sich mit der Zeit jener revolutionäre, vorwärtsdrängende, kampfheischende Geist des proletarischen Klassenkampfes, der einst zum Stolze des internationalen Proletariats die deutsche Sozialdemokratie erfüllt hatte, in die öde Limonade der reformistischen Klassenharmonie verwandelte, daran tragen die Gewerkschaften, insbesondere ihre sich immer mehr und mehr vom Klassenkampf abwendenden und in völligen Reformismus verfallenden Führer, sowie jene Führer der Sozialdemokratie, die dieser Entwicklung tatenlos zuschauten, sie gar begünstigten und unterstützten, die Sozialdemokratie zu einem Anhängsel der Gewerkschaftsbürokratie machen ließen, ein gerüttelt Teil Schuld.

Für den rückschauenden Beobachter bilden daher die Protokolle der Gewerkschaftskongresse ungemein wichtige Dokumente und der künftige Historiker des Kommunismus darf nicht verhalten, bei der Betrachtung der Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse nicht nur die Parteitagsprotokolle der alten Sozialdemokratie, sondern vor allem auch die Berichte und Aufzeichnungen der deutschen Gewerkschaftskongresse zu benutzen, die eine Fülle wichtigsten und aufschlußreichsten Materials für die Geschichte des proletarischen Befreiungskampfes geben.

In folge dem sind die früheren Tagungen der „Freien Gewerkschaften" in aller Kürze im Durchschnitt skizziert. Zuvor aber noch einige Worte:

Die deutschen Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes standen, waren zunächst nicht in einem Gesamtverbande vereinigt. Allmählich und nach und nach in einer schnelleren Folge entwickelten sich örtlich und nach Berufen gewerkschaftliche Vereine, Organisationen. Die Bewegung, wenn auch in gleicher Richtung strebend, war zersplittert und dazu gehemmt von Strömungen, wie sie auch in den beiden Richtungen der Arbeiterpartei bestanden. Die Gothaer Richtung (Lassalle—Schweitzer) und die Eisenacher (Bebel—Liebknecht). Das Jahr der Einigung der deutschen politischen Arbeiterbewegung, 1875, war auch das Jahr der Einigung der beiden Gewerkschaftsströmungen. Man bereitete einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß vor, der aber, als er 1878 stattfinden sollte, von der Polizei verboten wurde. Einige Monate später wurde das berüchtigte Sozialistengesetz verkündet, das sämtliche Blütenträume der deutschen Gewerkschaften verrichtete. Derselbe Militärstiefel, der die politische Organisation der deutschen Arbeiterschaft zerschmettern wollte, bemühte sich, auch die wirtschaftlichen Kampforganisationen des Proletariats in Grund und Boden zu stampfen. Denn damals schwafelten die Gewerkschaftsführer noch nicht über „Wirtschaftsdemokratie" zusammen mit dem Unternehmertum, sondern sie standen im schärfsten Klassenkampf mit dem Kapital. Von 25 Gewerkschaften, die sich Arbeiter aufgebaut hatten, wurden sechzehn während des Sozialistengesetzes verboten. Erst mit Beendigung des Sozialistengesetzes (1890) konnte man daran denken, die Gewerkschaftsbewegung wieder im alten Maßstabe aufzubauen. 1890 wurde als Zentralstelle die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" unter dem Vorsitze von Karl Legien eingesetzt, die ein Organisationsstatut ausarbeiten und es einem Kongreß vorlegen sollte. Dieser Kongreß fand statt.

1892. Erster Deutscher Gewerkschaftskongreß in Halberstadt. Auf ihm waren erst 385 000 Mitglieder vertreten. Im Mittelpunkt standen organisatorische Fragen. Vor allem die Frage: Branchenorganisation oder Industrieverbände. Unter Industrieverband verstand man die Zusammenfassung verschiedener Branchen zu einer großen Gewerkschaft. (Etwa die Zusammenfassung der Branchen der Tischler, Zimmerer, Drechsler usw. zu der Gewerkschaft der Holzarbeiter.) Die Generalkommission hatte sich beziehungsweise auf den engen, zünftlerischen Standpunkt der Branchenorganisation gestellt; der Kongreß entschied sich für Industrieverbände, die er aber nur als das anstrebende Ziel proklamierte.

1896. Zweiter Gewerkschaftskongreß in Berlin. Er hat 271 000 organisierte Gewerkschaftsmitglieder hinter sich. Behandelt werden vor allem politische Fragen. Besonders das Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Partei steht zur Debatte. Die Gewerkvereine der qualifizierten Arbeiteraristokratie (Buchdrucker, Goldarbeiter, Maler) treten für Gewerkvereinität und Selbstständigkeit der Gewerkschaften ein und fordern teilweise Ablehnung des Klassenkampfstandpunktes. Doch gelingt es ihnen nicht, durchzudrücken.

1899. Dritter Kongreß in Frankfurt a. M. Mitgliederbestand 495 000; also 85 Proz. Zunahme, eine Folge der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur. Neben organisatorischen und sozialpolitischen Fragen (Tarifwesen, Gewerbeinspektion, Arbeitsvermittlung) kam es wieder zu scharfen politischen Zusammenstößen, wegen der Beziehungen der Gewerkschaften zur der Sozialdemokratie. Doch die Vertreter der fortgeschrittenen Arbeiterschichten (Metallarbeiter usw.) die in der Majorität waren, erklärten allen trade-unionistischen Strömungen entgegen: Partei und Gewerkschaften sind ein.

1902. Vierter Kongreß in Stuttgart. Er mustert 681 000 Mitglieder. Neben langen Auseinandersetzungen über Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Gewerkschaft- und über Differenzen zwischen den Gewerkschaftskartellen (heutigen Ortsausschüssen) und dem Zentralvorstand gibt es wieder Stimmen (meistens nur aus den Reihen der Buchdrucker), die die Neutralität und Abwendung der Gewerkschaften von der Sozialdemokratie fordern.

1905. Fünfter Kongreß in Köln. Dieser Kongreß ist von den Vorkriegskongressen der weitaus bedeutungsvollste. Auf ihm sind 1 200 000 organisierte Arbeiter vertreten, ein Zeichen der unaufhaltsamen Aufwärtsbewegung der deutschen Gewerkschaften. Die Gewerkschaftskongresse hatten bisher in ruhigen Situationen getagt. Der deutsche Kapitalismus befand sich noch auf dem aufstrebenden Aste seiner Entwicklung und an der Ausbeute seines Siegeszuges durch die Welt nahmen in Deutschland weite Arbeiterkreise teil. Mit vergnügten Sinnen sahen die Gewerkschaftsführer auf die Erhöhung der Reallöhne, auf die gefüllten Gewerkschaftskassen und auf die stete Steigerung der Gewerkschaftsmitgliederzahl. Das Ende der Arbeiterbewegung war ihnen aus der Sicht gekommen; langsam, im zähen Tageskampfe, durch Eroberung eines Fußbreits Boden nach dem anderen, drohten sie die Arbeiterbewegung vorwärts zu bringen. Da kam wie ein Schlag ins Kontor die erste russische Revolution. Sie blies den Staub von den Akten der deutschen Gewerkschaftsbürokratie auf und zwang sie auf die neuen Probleme des proletarischen Kampfes, wie den Massenstreik, unzweideutig Antwort zu geben. Die deutschen Gewerkschaften fanden aber nicht mehr den Anschluß an den lebendigen proletarischen Klassenkampf. Sie lehnten die Propagierung des Generalstreiks aufs entschiedenste ab (in dem man anarchistischen Unsinn sah), ja, man erklärte sogar, um den Konflikten aus dem Wege zu gehen, die sich aus der Maifeier regelmäßig ergeben, dieselbe auf einen Sonntag oder auf den Abend zu verlegen und in derselben Zeit, in der die russischen Barrikaden eine neue Weltära der Siege und der Revolution verkündeten, erklärte Bömelburg, Mitglied der Generalkommission:

„Zum Weiterstreben bedürfen wir vor allem der Ruhe!"

Der Reformist hat also, bevor er die Sozialdemokratie bezwang, in den Gewerkschaften auf der ganzen Linie gesiegt.

1908. Sechster Kongreß in Hamburg, der 1 888 000 Arbeiter freigewerkschaftlich organisiert sieht. Maifeier, Heimarbeiterschutz, soziale Gesetzgebung, Organisierung der Jugendlichen, über alles wird hübsch ruhig und gesetzt gesprochen. Es gibt keine Aufregung, keine Temperamentsausbrüche, keine Begeisterungsstürme mehr. Ein großer Prozentsatz der Gewerkschaften leidet bereits an Herzverfettung und Gehirnverkalkung.

1910. Siebenter (außerordentlicher) Kongreß in Berlin, der nichts Neues bringt.

1911. Achter Gewerkschaftskongreß in Dresden. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterarmee zählt schon über zwei Millionen Mann, sie liegen aber in den Schützengräben und werden nicht zum Sturm geführt. In der neuen Zeit wird diesem Kongreß bescheinigt, daß er ein ruhiger, wirklich ein außerordentlich ruhiger Kongreß gewesen sei. Gesprochen wird über Bildungswesen (die Gewerkschaften nehmen als Lehrer bezeichnenderweise Renegaten der Sozialdemokratie, z. B. Calwer und Georg Bernhard) ferner über Versicherungswesen, Koalition und Strafrecht. Was da für alte Bekannte sich auf der Rednertribüne bewegen: August Winning, Emil Kloth; ja, ja, die Zeiten haben sich geändert.

1914. Neunter Gewerkschaftskongreß in München. Die Klassengegensätze haben sich entgegen der Theorie der Gewerkschaften zugespitzt. Das Wettrüsten verschlingt das Geld für die sozialen Reformen, die wachsende Teuerung macht jede Lohnsteigerung illusorisch. Bourgeoisie und Regierung gehen gegen jeden Lohnkampf vor. Es sehr unerhörte Strafen für „Streikausschreitungen". Der große Ruhrarbeiterstreik 9112 ist mit Hilfe von Militär unterdrückt. Werden die Gewerkschaften angesichts der Konzentration des Kapitals auch nach einem geeigneten Kampfmittel suchen? Man protestiert zwar etwas, aber den entscheidenden Problemen wird, altbekannte Taktik, fürsorglich aus dem Wege gegangen. Man faßt Resolutionen und hält wie immer Referate über Sozialpolitik, Volksfürsorge, Arbeitsnachweise, Arbeitslosenfürsorge, man streitet sich über die Frage: Berufs- oder Betriebsorganisation. Doch nichts über die drohende Kriegsgefahr, nichts über die einzuschlagende Taktik der Arbeiterklasse gegen die verschärfte Offensive des Kapitals, nichts über die drohenden politischen Kämpfe. Man schimpft dafür auf die Literaten und Intellektuellen-Clique, um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Und dann kam der Krieg. Die Gewerkschaftsführer, alt und grau bei dem Aufbau ihrer mächtigen Organisation geworden, fürchten sich, diese aufs Spiel zu setzen, wenn sie den Weg des Kampfes gegen die imperialistische Bourgeoisie betreten. Oder sie hoffen gar, bei einem Siege Deutschlands auf Kosten der unterlegenen Völker Sondervorteile für ihre Arbeitergruppen herauszuschlagen. So binden sie sich an den Karren des deutschen Kapitals und Staates nur durchaus im Rechte bei der Taufe des Dampfers „Legien", Karl Legien als den Retter Deutschlands (lies der deutschen Bourgeoisie) zu feiern.

Doch Deutschland verlor den Krieg. Ungeheure Lasten drücken auf die deutsche Arbeiterklasse. Was werden jetzt die deutschen Gewerkschaften tun? Werden sie zum Klassenkampf zurückkehren?

1919. Zehnter Kongreß in Nürnberg. 5 500 000 Mitglieder! Eine Steigerung von 225 Prozent. (Das Jahr 1918 zählte 1 600 000 Gewerkschaftler.) Dazu freieste Republik der Welt. Kein Wunder, daß die größten Illusionen sich breit machen können. Hauptergebnis des Kongresses: die Gründung des ADGB. Annahme eines neuen Statuts, Bundesvorstand, Bundesausschuß, Ortsausschüsse ferner die bekannte „Neutralitätserklärung" der Gewerkschaften. Sonst bleibt alles beim alten.

1922. Elfter Kongreß in Leipzig. Die Mitgliederzahl ist zwar auf zirka 8 Millionen gestiegen, doch ist die Macht der Arbeiterklasse nicht in derselben Weise gewachsen. Im Gegenteil, die Kapitalsoffensive befindet sich im vollsten Gange. Zwar vermag sich in den politischen Diskussionen die routinierte Gewerkschaftsbürokratie durchzusetzen aber angesichts der Notwendigkeit neuer Kampfformen der Arbeiterschaft gegen den Monopolkapitalismus zu schaffen, beschließt der Kongreß mit gewaltiger Mehrheit, mit 465 gegen 183 Stimmen zu der Organisation von Industrieverbänden überzugehen. Die reformistische Leitung sabotiert diesen Beschluß schon auf dem Kongreß, indem sie den Beschluß in einer Kommission vergräbt. Leider wird dieses Manöver von den Delegierten nicht durchschaut, von einigen Vertretern der „linken" Richtung sogar gegen den Widerstand der Kommunisten unterstützt. Heute nach drei Jahren sieht jeder deutsche Gewerkschaftler, jeder Arbeiter, wie recht wir Kommunisten hatten, wenn wir sofortige Durchführung, sofortigen Beschluß von Richtlinien, sofort auf dem Leipziger Kongreß verlangten. Heute wird auf dem Breslauer Kongreß der Leipziger Beschluß zu Grabe getragen, wird an Stelle der Umwandlung der Berufsverbände in Industrieorganisationen ein Streikreglement geschaffen, das die Abwürgung jeden Kampfes, jeden Streiks zum System erhebt. Wie diesem Beschluß des Leipziger Kongresses erging es allen anderen: aus der Amnestieentschließung entstand das Republikschutzgesetz, mit dessen Hilfe unter tätiger Beteiligung sozialdemokratischer Gewerkschaftsangestellter Tausende von Proleten in die Gefängnisse und Zuchthäuser wanderten.

Auf die ihnen vom Leipziger Kongreß von allen Delegierten auferlegte Pflicht zur Schaffung der Einheitsfront zum Kampf gegen das System der Rathenaumörder antworten die reformistischen Gewerkschaftsführer, Bundesvorstand und Ausschuß mit einer leeren Demonstration, verhinderten den Zusammenschluß der Arbeiter, den gemeinsamen wirklichen Kampf, verstärkten ihre Kommunistenhetze, brachen alle ihre Versprechen, sabotierten alle Einheitsfrontbestrebungen und gelangten dahin, wohin sie gelangen mußten: in das Lager der Faschisten, in dem sie den Ermächtigungsgesetzen, dem Belagerungszustand, Uebertragung der vollziehenden Gewalt an die monarchistischen Generäle, zustimmten, und sich zur Propagandaabteilung für den Pfaffen Marx bei den Präsidentenwahlen erniedrigten.

Und trotzalledem: trotz aller Hemmnisse, trotz Verfall in Reformismus, trotz aller Helfersdienste der Gewerkschaftsbürokratie für die Bourgeoisie, trotz aller ihrer Sabotage des Befreiungskampfes des Proletariats: Es ist doch vorwärts gegangen! Von Halberstadt bis Leipzig und Breslau, eine riesige Entwicklung. Trotz allem ist jener unheilvolle, übermächtige politische Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, den sie vor dem Kriege ausübten, zum großen Teil machtlos geworden: heute existiert eine organisatorisch selbständige und ideologisch einheitlich klare kommunistische Partei, die, indem sie die Arbeitermasse wieder auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes sammelt, im selben Zuge zum Totengräber der reformistischen Führer und zum Erwecker und Gestalter einer neuen, lebendigen, proletarischen Gewerkschaftsbewegung wird.

Der 12. deutsche Gewerkschaftskongreß

5. Verhandlungstag.

Die heutige Tagung beginnt mit dem Referat Graßmanns über die Organisationsfrage. Er verteidigt die Kompromiß-Resolution des Bundesvorstandes, die die Schaffung der Industrieverbände ablehnt. Man merkt sofort, daß sich die Befürworter der Industrieverbände dem Bundesvorstand gegenüber in der Defensive befinden. In der dann folgenden Diskussion erklärt Dißmann, daß die Frage der Organisationsform durch die bereits stattgefundenen Vorberatungen entschieden sei. Das bedeutet, daß der Sieg des Bundesvorstandes auf diesem Kongreß in der Frage der Organisationsform bereits feststeht.

Die Beratungen des Kongresses werden voraussichtlich heute zum Abschluß gebracht werden.

Kreistagswahlen

Unterbezirkskonferenzen

Die am Sonntag, den 6. September, stattfindenden Unterbezirkskonferenzen tagen mit folgender Tagesordnung:

1. Die politische Lage und die Lage in der KPD.
2. Die bevorstehenden Kreistags- und Provinziallandtagswahlen.
3. Aufstellung der Kandidaten zu den Kreistagswahlen.

Tagungsort und Zeit:

Unterbezirk Breslau: Vormittags 10 Uhr, Breslau, Blaue Ecke, Frankfurter Str. 17, Ecke Schweidnitzer Str.

Unterbezirk Waldenburg: Nachmittags 5 Uhr, Waldenburg, „Stern", Gottesberger Str.

Unterbezirk Görlitz: Vormittags 10 Uhr, Görlitz, „Goldener Baum", Untermarkt.

Unterbezirk Striegau: Vormittags 9 Uhr, Freiburg, „Grüner Baum", Mühlstraße.

Unterbezirk Riesengebirge: Vormittags 9 Uhr, Landeshut, „Zur Sonne", Schömberger Straße.

Unterbezirk Liegnitz: Vormittags 10 Uhr, Liegnitz, „Reichsadler".

Unterbezirk Neusalz: Vormittags 1/2 9 Uhr, Sagan, Friedrich-Wilhelm-Straße 9.

Unterbezirk Langenbielau: Vormittags 10 Uhr, Peilau im Lokal Dinter.

Die Delegierten sind verpflichtet mitzubringen und auf der Konferenz abzuliefern:

1. Die mit dem Rundschreiben Nr. 39 herausgegebenen Fragebogen zu den Wahlen.
2. Alle alten Marken, speziell die noch in den Ortsgruppen liegenden Weltkongreßmarken (mit Leninbild).
3. Den Nachweis für die erfolgte Abrechnung für den Monat Juli oder an dessen Stelle die Abrechnungen, Geld und Marken bis einschließlich Monat Juli.
4. Alle Drucksachen, Anträge usw. aus den früheren Kreistagen und zum Provinziallandtag.

Lokales

Der Gewerkschaftskongreß geschlossen

Breslau, 4. September.

Heute nachmittag 2 Uhr wurde der 12. Gewerkschaftskongreß geschlossen. Vor Abschluß des Kongresses hielten noch einige Auslandsdelegierten Ansprachen. Der Vorsitzende des Kongresses Brandes (Metallarbeiter) entfaltete im Schlußwort eine wüste Kommunistenhetze.

Die Wahrheit über Sowjetrußland

Breslau, 4. September.

Im Auftrage der ersten Arbeiterdelegation für Sowjetrußland sprach der Sozialdemokrat Freiberger gestern abend in einer überfüllten Volksversammlung im „Bergkeller" über Sowjetrußland. Freibergers Referat, das sich hauptsächlich mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen der russischen Arbeiter befaßte, fand stürmische Zustimmung.

Wir werden das ausgezeichnete Referat Freibergers morgen ausführlich behandeln. Die Vertreter der SPD. hatten es, wie wir vorausgesehen, vorgezogen der Versammlung fernzubleiben. Hunderte sozialdemokratischer Arbeiter waren trotz der Volkswacht-Hetze erschienen, um aus dem Munde ihres Parteigenossen die Wahrheit über Sowjetrußland zu erfahren.

Der Zollstrick erwürgt uns!

Vor zwei Jahren ungefähr begann in der bürgerlichen Presse die stärkste Propaganda für die Zölle. Noch bevor die Zollvorlage gegen den alleinigen Widerstand der Kommunisten angenommen war, setzte auf dem Lebensmittelmarkt in erster Linie die unverschämteste Preissteigerung ein. Die Arbeiter-, die Beamtenfrau, täglich steht sie vor neuen Ueberraschungen. Die Möglichkeit, Mann und Kinder zu sättigen, schwindet mehr und mehr. Dabei haben wir, und vor allem Kinder und Jugendliche, nachzuholen, was Krieg und Inflation an Unterernährung zurückgelassen haben. Die Frauen müssen die Zollfragen, ob sie wollen oder nicht, näher betrachten. Denn sicheres Verelenden der großen Massen ist die Folge der Annahme der Zollvorlage. Sehen wir uns die Preissteigerung der wichtigsten und unentbehrlichsten Lebensmittel an. Es kostete:

	am 1. Juni	heute
Landbutter	1,80	2,20—2,30
Molkereibutter	1,90—1,95	2,50—2,60
Eier	0,11	0,17
Milch	0,24	0,32

Wir sehen pro Pfund eine Preissteigerung von 40 bis 70 Pf. bei Butter. Bei Eiern ist die Spanne 6 bis 8 Pf., also glatt 50 Prozent. Welche verheerende Wirkung die Milcheinschränkung im kinderreichen Haushalt erzeugt, wissen wir noch zur Genüge vom Kriege her.

Nun die Fleischpreise. Es kostete Schweinefleisch:

	am 1. Juni	heute
Mageres	1,—	1,30—1,50
Bauchfleisch	0,90	1,30—1,50
Koteletts	1,35	1,60—1,80
Lieferl, Rückenfett	1,—	1,40—1,50
Eisbein	0,70	1,00—1,10

Rindfleisch kostete:

	am 1. Juni	heute
Schmorfleisch, ohne Knochen	1,20—1,30	1,60—1,70
Schmorfleisch mit Knochen	0,90—1,00	1,30—1,40
Dünnes	0,80	1,20—1,30
Gehacktes	1,—	1,50—1,60

Auch hier sehen wir eine Steigerung von 50 bis 60 Pf. pro Pfund. Und doch tritt erst am 1. September der Zoll für Gefrierfleisch in Kraft, das heißt, daß dann auch das Gefrierfleisch so teuer ist, daß es kaum noch gekauft werden kann.

Der Gemüse- und Obstmarkt ist und bleibt in diesem Sommer das Schreckenskind der Hausfrauen. Die einfachsten Gemüsearten wie Mohrrüben, Weiß-, Wirsing- und Rotkohl, Gurken und Bohnen halten sich auf einer unerschwinglichen Preishöhe. Das Obst, die gesündeste Zugabe für groß und klein, ist tatsächlich eine Delikatesse geworden. Womit begründen wir unseren Kindern diesen Verzicht? Im Krieg war es angeblich der Engländer, der „unbarmherzig" Frauen und Kinder aushungerte durch seine Blockade. Und wer ist es heute, der uns langsam aber sicher und nicht weniger grausam verhungern läßt? Wer sperrt die Grenzen durch die hohen Zölle, daß kein Fleisch von Amerika, keine Eier und kein Getreide von Rußland hereinkann? Das sind die Großagrarier — die Krautjunker von Deutschland, die von Vaterlandsliebe triefen, die sie nicht hindert, ihren eigenen Volksgenossen das Allernötigste zu verteuern, zu verzollen, sich selbst den Geldsack füllen bis obenhin und vor dem Steuerzahlen sich drücken genau wie unter „Wilhelm", dem Ausreißer.

Heute werden die Zölle wirksam für Zucker, Gefrierfleisch und Getreide. Bedeutende Mietpreiserhöhungen treten wieder ein. Gas, Wasser und Elektrizität, alles Mehrbelastungen, die den Haushalt und damit die Frauen am allerschärfsten treffen. Wo sind die Löhne so gestiegen, daß sie auch nur annähernd dieser Verteuerung entsprechen? Wo die Männer zum Streik griffen, um ein paar Pfennige Lohnerhöhung zu erkämpfen, da antworteten der Unternehmer mit Aussperrung. Ob Eisenbahnarbeiter oder Postbeamter, ob Lohnarbeiter beim Unternehmer — bei allen ist der Lohn zurückgeblieben gegenüber der Teuerung. Sie alle müssen zusammenstehen und kämpfen, wollen sie nicht erwürgt werden vom Zoll- und Hungerstrick.

Aus der Geschäftswelt

Ernährungsfragen behandelt man seit einigen Jahren mit erhöhtem Interesse und hat dabei teilweise ganz neue Wege eingeschlagen. Unsere Großmütter hätten es nie für möglich gehalten, daß man einem Kindchen von sechs Monaten, und zwar mit bestem Erfolg für seine Entwicklung, Obst und Gemüse gibt. Natürlich müssen die Kinder daneben Eiweiß und Fett in genügender Menge erhalten, denn diese sind ja die Grundstoffe für den Aufbau des menschlichen Organismus. Ein hochwertiges Nahrungsmittel, welches das für den Körper so unentbehrliche Fett in leicht verdaulicher Form, daneben aber die Nährstoffe frischer Milch, mit der sie verkirnt wird, enthält, ist die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband". Feines Aroma und köstlicher Geschmack machen die Blaubandmargarine zu einem Brotaufstrich, der den verwöhntesten Gaumen befriedigt. Ihre sonstigen guten Eigenschaften beim Kochen, Braten und Backen, verbunden mit einem wohlfeilen Preis, machen sie jeder Hausfrau unentbehrlich; ein Versuch wird Sie überzeugen.

Profitschinderei und Giftbude

Die Scharfmachermethoden des Betriebsleiters Stimm — Der Dank der Firma für 30jährige Arbeit. Der abgetakelte Soldatenschinder als „Herr Platzmeister"

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten auf der Cellulose-Kunnersdorf.)

Hirschberg, den 4. September.

Wer kennt sie nicht, die Giftbude Cellulose-Kunnersdorf? Wenn der Wind von Schreiberhau weht und den entsetzlichen, verpestenden Gestank mit sich bringt, dann weiß jeder Kunnersdorfer, daß das die giftigen, gesundheitszerstörenden Abgase der Kocher der Cellulose-Fabrik sind. Wo dieser Gifthauch hinkommt, wirkt er tötend, selbst die Ernte auf den Feldern zerstört er. Diese stinkenden Schwaden sind der Gruß, den die Cellulose-Fabrik ihren Arbeitern in die Wohnung sendet.

Aber nicht nur als Giftbude ist das Cellulose-Werk berüchtigt, sondern auch als rücksichtslose Profitschinderei. Für seine Hintermänner, den Börsenkönig Schlesinger und den Großspekulanten Schoeller werden ohne Erbarmen aus den Knochen der Cellulosearbeiter die Dividenden geschunden. Für diese edle Aufgabe haben sich die Schlesinger-Schoeller ein paar würdige Fronvögte nach Kunnersdorf gesetzt. An erster Stelle den technischen Direktor Roth, der aus seiner letzten Stellung in Oberlöschen wegen all zu großer „Fähigkeiten", gelinde gesagt, „entfernt" wurde. Dieser Herr Roth ist nicht nur ein zärtlicher Gatte (der seiner Frau auf Betriebskosten von den schlechtentlohnten Arbeiterinnen die Privatwäsche waschen läßt), sondern auch ein liebender Vater (dessen Fräulein Tochter allmorgentlich im Betriebsauto zur Schule fährt). Aber diese „Kleinigkeiten" nur nebenbei. Wichtiger ist, daß es der Herr Roth war, der unseren Kollegen Püschel wegen Teilnahme an der Maifeier entließ. Dieser edle Betriebsleiter ist aber nicht nur brutal, sondern wagt es noch, die Arbeiter geradezu zu verhöhnen. Einem Arbeiter, der auf seine dreißigjährige Arbeit im Betriebe hinwies, erklärte er frech lächelnd: „Dann hat es Ihnen doch bei uns gefallen!" So verhöhnt der fürstlich bezahlte und gut genährte Herr Direktor einen hungernden Arbeiter. Dem Herrn Roth, der neben seinem Gehalt, freie Wohnung, freien Garten und sonstige Nebenvergünstigungen hat, gefällt sein „schwerer Dienst" natürlich.

Im edlen Wettstreit mit diesem Arbeiterfreund Roth steht der Betriebsleiter Herr Stimm, ein Individium, dem jeder den Kasernenhof von weitem ansieht. Stimms Spezialität ist, mit knarrender Stimme (Marke Offizierston) die Arbeiter zum Marsch-Marsch-Laufen anzutreiben. Aus dem Arbeiterparadies Stimm-Roth wollen wir fürs erste zwei niedliche Ausschnitte wiedergeben. Es ist nicht das erste und wird nicht das letztemal sein, daß wir uns mit den Schindermethoden der Cellulose Kunnersdorf befassen.

„Stänker müssen alle raus!"

Für den Kasernenhof-Stimm sind alle Arbeiter, die sich für die Schinderei nicht begeistern wollen, „Stänker". Und da er sich als der Herr im Hause fühlt, müssen diese alle „raus!". Als der Kollege Schmidt den Betrieb verließ, erklärte die ehemalige Kasernenhofgröße Stimm befriedigt: „Stänker müssen alle raus!" Und zu wem sagte er das? Zum Betriebsratsvorsitzenden Pohl, einem echten Sozialdemokraten, der diesem Ausspruch Stimms natürlich zustimmte. Das ist bei Pohl seine Seitenheit. Bei jeder Gelegenheit erklärt dieser Arbeitervertreter", daß zwischen ihm und der Betriebsleitung volles Einverständnis herrscht. Pohl weiß ja auch, warum...

Der Dank der Firma

Heute wollen wir uns im besonderen mit dem „Fall Baumert" befassen. Seit 30 Jahren ist der Vorarbeiter Baumert bei der Cellulose beschäftigt. Jahraus, jahrein, Winter wie Sommer, hat er den Auslade- und Rangierdienst der Kohlen- und Holzwaggons erledigt. Eifrig und gewissenhaft erfüllte Baumert seine Arbeit, stets legte er selbst Hand am Werk und half seiner Kolonne. Seit 30 Jahren! Als er nun vor wenigen Tagen von seinem kargen neuntägigen Urlaub zurückkam, wurde ihm mitgeteilt,

daß er seinen Posten verlassen müsse.

Baumert bekam „andere" Arbeit zugewiesen und landete nach einigen Tagen in der Kiesgrube. Man bedenke, ein alter, abgearbeiteter Prolet wird nach 30jähriger Schufterei mit Hacke und Schaufel an die schwere Kiesgrubenarbeit gestellt!

Und warum dieser Wechsel?

Darüber wurden die Cellulose-Arbeiter belehrt, als der Nachfolger von Baumert, ein gewisser Oberndorf, auf dem Plan erschien. Dieser Oberndorf ist ein alter Studienfreund und Saufkumpan vom Kasernenhof-Stimm, ein nach 11jähriger Dienstzeit bei den Hirschberger Jägern abgetakelter Soldatenschinder. Dieser „alte Freund" mußte natürlich unter gebracht werden! Seine Vorkenntnisse für die Arbeit als „Platzmeister" — so heißt er plötzlich — hat sich dieser Oberndorf neben seiner Militärpraxis durch seine ruhmvolle Tätigkeit im hiesigen Gefängnis (!) als Aufseher angeeignet! Kasernenhof und Gefängniszelle sind also genügende Vorbereitung für diejenigen, die auf die Cellulose-Arbeiterschaft losgelassen werden!

Dieser Fall zeigt mit aller Deutlichkeit, wie schamlos-brutal die Cellulose-Leitung mit ihren Lohnsklaven umspringt. Für die Proleten, die ihre Jahre und Gesundheit geopfert haben, hat sie nur einen Fußtritt übrig, wie es der Fall Baumert zeigt. Wenn sie nicht mehr genügen, müssen sie einem anderen Platz machen, der nach dem Wunsche des Kasernenhof-Stimm „energischer und forscher" vorgeht.

Kollegen, wir Cellulose-Arbeiter gelten als besonders geduldig, besonders schafsfromm. Damit rechnen die Herren Roth-Stimm. Sollen sie recht behalten? Sollen wir denn immer wieder jeden Fußtritt und jeden Nackenschlag mit hündischem Stillschweigen quittieren? Wo bleibt unser Betriebsratsobmann Pohl? Baumert ist freigewerkschaftlich organisiert, warum setzt sich der Betriebsrat nicht für ihn ein?

Wir fordern Antwort

Kollegen, fort mit der Arbeitsgemeinschaftsduselei! Am Fall Baumert seht ihr mal wieder, wie „unsere" Betriebsleitung „ihre" Arbeiter behandelt, wenn sie sich abgeschuftet haben. Nehmen wir als klassenbewußte Arbeiter den Kampf gegen die Profitschinderei auf!

Aus der Provinz

Gottesberg. Die letzte Mitgliederversammlung der SPD. wies einen derart schlechten Besuch auf, daß sogar die „Bergwacht" einen guten Besuch der nächsten Versammlung als „erwünscht" betrachtet. In der Versammlung wurde lebhaft über die Mittel und Wege diskutiert, die zu einem besseren Besuch führen könnten. Der Gedanke, die Mitglieder durch Handzettel zu laden, wurde verworfen.

Dieser Vorgang zeigt, daß die SPD. alles andere nur nicht eine lebensfähige Partei ist.

Anders ist es auch nicht möglich. Die Mitglieder der SPD., die gemeinsam mit den KPD.-Mitgliedern im Produktionsprozeß stehen und dieselben Entbehrungen durchzumachen die Polizei sich etwas mehr um diesen Lärm kümmerte und für Beseitigung Sorge tragen würde. In der sozialistischen Nachbargemeinde Weißstein werden derartige Ruhestörungen nicht gelitten. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Ortspolizei mehr Aufmerksamkeit dieser Straße schenkt, denn ein Proletarier will nach seiner schweren Tagesarbeit zumindest in der Nacht Ruhe haben.

Dittersbach. Ein Opfer seines Berufes wurde der Aufseher Exner auf der Melchior-Grube. Er kam mit der Hochspannungsleitung in Berührung und trug schwere Verbrennungen davon. Voraussichtlich wird der Verunglückte für sein ganzes Leben ein Krüppel bleiben.

Aus der Partei

UB. Liegnitz

Zur Kenntnis sämtlicher Ortsgruppen und Mitglieder des Unterbezirks Liegnitz: Es werden im Laufe eines Monats in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" die notwendigen Arbeiten des Unterbezirks Liegnitz bekanntgegeben, und ersuchen die Parteigenossen, uns zu unterstützen, um die Arbeiten des Unterbezirks erledigen zu können.

Zur Beachtung der Liegnitzer Parteigenossen: Infolge der Reorganisation der Gruppe finden nicht wie bisher alle acht Tage Diskussionsabende statt, sondern die einzelnen Parteiveranstaltungen werden im Versammlungskalender der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" bekanntgemacht.

UB. Görlitz

Die Unterbezirkskonferenz am 6. September findet nicht, wie im Arbeitsplan angegeben wurde, im Felsenkeller statt, sondern im Goldenen Baum, Untermarkt. Die Konferenz beginnt pünktlich 9 Uhr. Sämtliche Ortsgruppen resp. Ortszellen müssen vertreten sein. — Zu gleicher Zeit findet eine Kommunalvertreterkonferenz statt. Sämtliche Kommunalvertreter des Unterbezirks müssen zur Stelle sein.

Ortsgruppen oder Zellen, welche die Beitragsgelder für den Monat August schon einkassiert haben, können die Abrechnung auf die Konferenz mitbringen.

Wir erwarten, daß in Anbetracht der Wichtigkeit der Konferenz jede Ortszelle oder Gruppe vertreten ist.

USL. Hirschberg

Um den entfernteliegenden Gruppen das Erscheinen eines Delegierten zu ermöglichen, hat die Unterbezirksleitung beschlossen, alle Gruppen gleichmäßig auf je einen Delegierten mit 1,50 Mk. zu belasten. Auf diese Weise ist es möglich, den Delegierten, die mehr als 1,50 Mk. Fahrgeld brauchen, den Mehrbetrag zurückzuerstatten.

Jede Gruppe muß auf der Konferenz vertreten sein. Die den Ortsleitungen zugesandten Fragebogen ebenso die noch außenstehenden Fragebogen betreffend die Kreistagswahlen müssen von den Delegierten mitgebracht werden.

Neben seinem Mandat muß der Delegierte sein Partei- und Verbandsmitgliedsbuch mitbringen.

★ Parteiveranstaltungen ★

Breslau.

— Bezirk Ost. Alle Kassierer müssen bis Montag, den 7. 9. beim Hauptkassierer abgerechnet haben.

Liegnitz. Unterbezirk. Sonntag, 6. 9. vorm. 9 Uhr „Reichsadler". Dienstag, 8. 9 abds. 8 Uhr Diskussionsabd. „Reichsadler". Freitag, 11. 9. abds. 8 Uhr Funktionärsitz

Jung-Spartakus-Bund

Breslau.

— Sonntag, 6. 9. vorm. 10 Uhr Zentralhallsäle. Nachm. 2 Uhr Neumarkt. Fahnen und Wimpel mitbringen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Haynau. Freitag, d. 4. 9. abends 7 Uhr Antreten auf dem Friedensplatz. Fahrgeld für die Saganfahrt ist mitzubringen.

— Sonntag, 6. 9. morgens 6,30 Uhr Antreten am Friedensplatz zur Fahrt nach Sagan Nam., welche nicht nach Sagan fahren, haben auch zu erscheinen.

Liegnitz. Sämtl. Spielleute zur Generalprobe am Donnerstag, 3. 9. abends pünktlich 6,30 Uhr am Lokal Franke, Tauentzienstr. 173

Versammlungsanzeigen

Rote Hilfe. Bezirk Schlesien. Alle Amnestieunterschriftenlist., ob voll od. halbvoll sind sofort einzuziehen u. an Rudolf Helke, Breslau I, Am Rathaus 7 einzusenden

Auf zum Arbeiter-Pressefest am Sonnabend, nachm. 4 Uhr im Saal und Garten Lunapark

Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Breslau.

Hugo Neumann
61 Friedrich-Wilhelm-Straße 61
und
117 Frankfurter Straße 117
Spezialgeschäft für Strumpfwaren und Schneiderei - Bedarfs - Artikel

Ad. Hohmuth's Nachfl.
Friedrich-Wilhelm-Straße 95
Manufaktur-, Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung

Achtung, Arbeiter-Radfahrer, kauft Eure Fahrräder nur im
Fahrrad-Haus „Frisch auf"
Filiale Breslau, Nikolaistraße 42
Eig. Reparaturanstalt, Zubehörteile, Emaillierung, Vernickelung.

Direkt ab Fabrik
Damen- und Mädchenmäntel
Wohl & Alexander
Breslau I, Am Rathaus 25 III
rechts vom Hennel-Fuchs
Vorzeiger dieses erhält Extrarabatt!

Kaufhaus H. Russ
Friedrich-Wilhelm-Straße 92
Spezialgeschäft für Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Trikotagen, Strümpfe und Handschuhe
— Sämtliche Artikel für die Schneiderei —

Kaufhaus Tauentzien
Tauentzienstr. 153
Vorzeiger dieses erhält 5 Prozent Rabatt

Volks-Schuh-Haus
Bohrauerstraße 43
Parteimitglieder erhalten Rabatt.

Empfehlenswerte Bezugsquelle
für Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Strümpfe und Trikotagen bei
Hedwig Hesselbarth
Matthiasstrasse Nr. 133

Paul Schleif
Matthiasstr. 124, Ecke Weißenburgerpl.
Polamenten, Weiß- und Wollwaren
Herrenartikel
Spezialgeschäft Bettfedern, Inlets, Züchen
Bettfedern-Reinigungs-Anstalt im Hause

Vinzenz-Kaufhaus
Vinzenzstraße 59, Ecke Elbingstraße
(vis-à-vis Wolff-Ausschank, Weißenburgerstr.)
Beachten Sie die Auslage
Strümpfe, Wäsche, Schürzen, Weiß- und Wollwaren

Damen-Mäntel
Nur moderne Neuheiten
Jetzt 13.75, 10.25, 8.50, 6.25 und 4.95
Kaufhaus G. Friedländer, Sonnenstr. 30

Kaufhaus am Dom
Herm. Sachs Nachfolger
Adalbertstraße Nr. 20
Billigste Bezugsquelle aller Waren für Haus und Küche
Lederwaren / Geschenkartikel
Spielwaren

Walter Titze
Kolonialwaren
Delikatessen
Trebnitzerstr. 28

Heinrich Titze
Kolonialwaren
Spirituosen
Delikatessen
Trebnitzer Strasse Nr. 52

Kaufhaus Bach & Blachmann
Herdainstraße 46
Billigste Bezugsquelle
für sämtliche Bedarfsartikel

Wilhelm Hütter
Michaelisstraße 23
Große Auswahl in Wäsche, Trikotagen
Strümpfen-, Kurz- und Wollwaren

Kaufhaus Alsenhaus
Alsenstraße 40, Ecke Schulzenwiese
Bestsortiertes Kaufhaus der Nikolai-Vorstadt

Eugen Hamburger
Teichstraße Nr. 31
Spezialhaus für elegante Herren-Bekleidung, fertig und nach Maß
sowie Bekleidung für sämtliche Berufe
Windjacken von M. 9.50 an

Kaufhaus Friedländer
Neudorfstraße 15
Trikotagen, Strümpfe, Kurzwaren
Weiß- und Wollwaren

Fahrrad-Handlung
Reparatur-Werkstatt
GRIEGER
Gräbschener Strasse Nr. 32

Anna Bartsch
Tauentzienstr. 173
Kurz-, Weiß-, Wollwaren

G. Boeger
Kleiderstoffe : Seidenstoffe
Matthiasplatz 21

Kauft Eure Garderobe
nur bei
Hamburger & Co
Schweidnitzer Strasse 9

M. Lippmann
Reuschestr. 36, Ecke Königsplatz
Kleiderstoffe, Wäsche, Trikotagen

S. Banasch
Schuhwarenhaus
Gräbschnerstrasse 41 Ecke Friedrichstr.
Solide Preise

Herrenkleiderfabrik
Katharinenstrasse 9, 1. Etage
Einzelverkauf

Gebr. Jedwab
Herren- und Knaben-Konfektion
Arbeiterbekleidung — Tuche
Gräbschenerstr. 38a, Ecke Friedrichstr.

Karl Krause, Schuhwaren
Eigene Maß- u. Reparaturwerkstatt
Telephon Ring 2523 **Anderssenstr. 19** Telephon Ring 2533

Reserviert

Möbel-Lustmann
Fischergasse 2, 1. Etage

Max Sacher
Nikolaistr. 16 - 17
Sämtliche Wäsche und Trikotagen

Georg Schöneich
Frankfurter Straße 115
Wäsche ◇ Trikotagen ◇ Strümpfe

Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Langenbielau.

Robert Voitzsch
Eulenbahnstraße 4
Bäckerei und Konditorei
Lieferant für Arbeiter-Festlichkeiten

Heinrich Lux
Dierigstraße 4
Herren-, Knaben- und Damen-Garderoben
Klub-Westen in allen Größen
Sämtliche Arbeitskleidung

Oskar Schöbitz
Eulenbahnstr. 6
Gasthaus zur Eulengebirgsbahn
empfiehlt seine Lokalitäten

Fritz Rosenberger
Mittelstraße 1
Zigarren .·. Zigaretten
Tabake

Wendt's Getreidekorn
ist in Friedensqualität wieder überall zu haben
Friedrich Wendt & Söhne, A.-G. Langenbielau

Adolf Böhm
Oberlangenbielau :: Neuroder Str. 9
Herren- u. Damen-Bekleidung
Arbeiter-Bekleidung

Eduard Filke
Eulenbahnstr. 10a
Kolonial-, Manufaktur-, Schuhwaren und Bettfedern

PAUL HENKEL
Neuroder Strasse 33
Kolonialwaren — Farben
Drogen — Spirituosen
Emaillewaren, Haus- und Küchengeräte

Paul Wache, Mittelstraße 45
Zigarren / Zigaretten / Tabake

Heinrich Koch
Neuroder Straße 6
Schuhwaren / Kolonialwaren

Karl Schilg
Am Markt
Bekleidung, Wäsche, Kurzwaren
Teilzahlung gestattet

Conrad Theuer
Mittelstraße 39
Fleischerei und Wurstfabrik

Dinter's Gesellschaftshaus
Oberlangenbielau
empfiehlt seine Lokalitäten

Kauft nur bei unseren Inserenten!

M. Thorn
Schweidnitz, Burgstraße 5
Herren- und Knaben-Garderoben
Zu besonders billigen Preisen

Genosse! Du sabotierst Deine Zeitung
wenn Du nicht bei jedem Einkauf auf dieselbe hinweist und in den Geschäften, die nicht in Deiner Zeitung inserieren wollen, noch weiterhin Deine Waren kaufst! Jeder Geschäftsmann, jedes Verkehrs-Lokal, alle
müssen in Deiner Zeitung inserieren!